

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

VIELFALT ALS SOZIALE FRAGE

**Hart und stabil: Sozialdemo-
kratische Integrationspolitik**
Nurten Yilmaz

**Vielfalt muss immer eine soziale
Frage sein!**
Mario Lindner

Für einen Feminismus für ALLE
Tatjana Gabrielli

Der lange Weg zum legalen L(i)eben
Sebastian Pay

EDITORIAL

Vielfalt als soziale Frage

BIANCA BURGER, SEBASTIAN PAY UND ALESSANDRO BARBERI

Für viele waren die letzten Jahre und Jahrzehnte geprägt von einer Fülle neuer Möglichkeiten und einem gesellschaftlichen Trend, der sich immer stärker in Richtung Offenheit, Vielfalt und Akzeptanz entwickelt hat. An kaum einem Beispiel lässt sich diese Entwicklung besser verfolgen als an der Geschichte der LGBTQ-Community. Trotz vieler noch immer bestehender Diskriminierungen erleben Schwule, Lesben, Bisexuelle, intergeschlechtliche, transidente und queere Personen (LGBTIQ) heute ein nie gesehenes Maß an persönlichen Freiheiten und öffentlichem Interesse. Dass genau dieser Weg zu gesellschaftlicher Emanzipation zeitgleich zur Umgestaltung Europas durch den Neoliberalismus geschah ist kein Zufall ... und genau das stellt progressive Bewegungen vor ein Dilemma. Während die einen Offenheit und Vielfalt als Grundsteine einer modernen Gesellschaft begreifen, sehen die anderen darin reine „Identitätspolitik“, die von den echten Problemen sozialer Ungleichheit und massiver Ungerechtigkeiten im neoliberalen System ablenkt. Die vorliegende Ausgabe 05/2021 der ZUKUNFT geht einen anderen Weg: Unsere Autor*innen argumentieren aus verschiedensten Sichtweisen heraus, dass Vielfalt und Offenheit nur als soziale Fragen erfolgreich sein können – statt einem Entweder-Oder argumentieren sie für eine bedingungslose Verbindung von gesellschaftlichen Kämpfen auf allen Ebenen!

Ganz in diesem Sinne zeigt **Mario Lindner** mit seinem eröffnenden Beitrag zum Thema Identitätspolitik, warum Vielfalt für Linke immer eine soziale Frage sein muss. Er wendet sich dabei klar gegen die Übernahme rechter Diskurse durch progressive Kräfte sowie das Ausspielen von Kämpfen um gesellschaftliche Anerkennung und gegen soziale Ungleichheit.

Der Autor kritisiert dabei das Abtun des Feminismus und der Kämpfe von Migrant*innen oder queeren Gruppen als „Orchideenthemen“, die in einen vermeintlichen Widerspruch zur sozialen Frage gestellt werden. Emanzipation und der Kampf gegen die individualisierenden Tendenzen des Neoliberalismus müssen stattdessen immer Hand in Hand gehen. Mit der Forderung nach einem Projekt radikaler Solidarität appelliert er daher für eine Politik, die Emanzipation und Gerechtigkeit als zwei Seiten einer Medaille betrachtet ... und nur gemeinsam zu einem „guten Leben für ALLE“ führen kann.

Nurten Yilmaz stellt in der Folge die moderne sozialdemokratische Integrationspolitik in den Mittelpunkt ihres Beitrages. Sie sieht es bereits als Zeichen von Unsicherheit, dass Integration überhaupt zu einer Frage erklärt und nicht von einer Migrationsgesellschaft als Normalität ausgegangen wird. Die Autorin stellt das verbindende Element der sozialdemokratischen Integrations- und Interessenspolitik in den Vordergrund. Es geht unter anderem darum, gleiche soziale sowie politische Rechte zu schaffen und eine allgemeine Teilhabe zu ermöglichen. Diese „ermächtigende Integrationspolitik“ meint im Bildungssektor beispielsweise die Einrichtung und den Ausbau von (sozialen und demokratischen) Bildungseinrichtungen. Es geht um Integration von Anfang an und das Schaffen von öffentlichen Strukturen, die dies ermöglichen. Eine Politik, wie Yilmaz sie skizziert, bringt die diversen Menschen und Arbeitnehmer*innen zusammen – während andere nach Herkunft und Sprachen spalten, stärkt diese Integrationspolitik das Gemeinsame.

Auch innerhalb des Feminismus gibt es, wie **Tatjana Gabrielli** zeigt, Ausgrenzung, Rassismus, Transphobie und Homophobie, Diskriminierung wegen Einkommen, Herkunft und Klasse – all das betrifft auch die feministischen Kämpfe. Was es daher braucht, ist ein Feminismus für ALLE Menschen. Gabrielli leitet diesen Anspruch aus den historischen Kämpfen um Gleichstellung und Gerechtigkeit ab und zeigt an historischen Beispielen, wie feministische Intersektionalität funktionieren kann. Die Herausforderungen eines inklusiven Feminismus finden sich aber nicht nur in der Geschichte, sondern auch in der Gegenwart: Strömungen wie der transexklusive Feminismus (TERF), der Transfrauen aus feministischen Kämpfen und Räumen ausschließen will, laufen genau dieser Vision eines Feminismus für ALLE zuwider. Die Bewegung für Gleichberechtigung und Solidarität müsse daher auch heute inklusiv sein, die Lebensrealitäten und Herkünfte aller Frauen beachten und – natürlich – zu jedem Zeitpunkt die soziale Frage stellen.

1971 wurde Homosexualität im Zuge der *Kleinen Strafrechtsreform* entkriminalisiert. Wie lang der Weg bis dorthin war, skizziert dann **Sebastian Pay** in seinem Beitrag über den langen Weg zum legalen L(i)eben. Die Verfolgung und Bestrafung Homosexueller während des Nationalsozialismus war mit dessen Ende 1945 noch längst nicht vorbei. Verurteilungen und Zeiten in Konzentrationslagern blieben auch nach 1945 als Vorstrafen bestehen. Wie Pay deutlich macht, muss in dieser Hinsicht von einer Rechts- und Alltagskontinuität zwischen dem NS-System und der Zweiten Republik ausgegangen werden. Österreich gehörte nach Kriegsende zu jenen Ländern, welche die gerichtliche Verfolgung am konsequentesten weiterführten. Erst durch den Einsatz zahlreicher Aktivist*innen und die aktive Unterstützung der Sozialdemokratie konnte der Kampf um legales L(i)eben vor genau 50 Jahren gewonnen werden – heute muss diese Geschichte ein Vorbild für die aktuellen Kämpfe um Gleichstellung, Solidarität und Gerechtigkeit sein.

Während gerade die Gleichstellung von Schwulen, Lesben und Bisexuellen in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr Aufmerksamkeit bekommen hat, bleiben andere Diskriminie-

rungen leider noch viel zu oft unter der öffentlichen Wahrnehmungsgrenze: Gerade transidente, intergeschlechtliche und non-binäre Menschen werden in unserer Gesellschaft noch immer unsichtbar gemacht, ausgegrenzt und sind viel zu oft mit Unverständnis, Hass oder sogar Gewalt konfrontiert. Als eine der wenigen gewählten Transpolitiker*innen in Österreich beschreibt **Dominique Mras** in ihrem Beitrag die Herausforderungen, vor die vielfältige Geschlechtsidentitäten unsere Gesellschaft stellen – und wie sie auf Basis von Selbstbestimmung, Anerkennung und Sichtbarmachung gelöst werden können. Mras zeigt anhand historischer Beispiele aus der Geschichte von Transpersonen in Österreich, welche Hürden und Blockaden (oft unbemerkt vom Rest der Gesellschaft) gegen die Selbstbestimmung dieser Gruppe aufgebaut wurden und werden.

Soziale und gesellschaftliche Auseinandersetzungen geschehen in Österreich natürlich nicht abgekapselt vom Rest der Welt. In ganz Europa ist in den letzten Jahren ein Backlash spürbar, der Sozial- und Demokratieabbau unter dem Deckmantel von Angriffen gegen Minderheiten durchsetzt. Ungarn und Polen sind wohl die dramatischsten Beispiele für die massiven Attacken gegen LGBTQ-Personen, Frauen oder auch Roma und Sinti. **Camila Garfias**, die Präsidentin des europäischen Gleichstellungsnetzwerks *Rainbow Rose*, zeigt in ihrem Beitrag, nach welchen Mustern die politischen Kämpfe in unseren Nachbarstaaten verlaufen und was dagegen auf europäischer Ebene getan wird ... und wie auch Menschen in Österreich auf Basis internationaler Solidarität einen Beitrag zum Kampf für gleiche Rechte und Gerechtigkeit leisten können.

Mit einer Vorreiterstudie zeigte auch die Arbeiterkammer Wien im Jahr 2017, wie die Felder von Identität und Arbeitswelt zusammentreffen. Von Schlechterstellung bis Mobbing, von Gehaltsproblemen bis zur Kündigung reichen die Konsequenzen, mit denen Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität auch in Österreich immer noch in ihrem Job konfrontiert werden. Das führt, wie die Studienautor*innen **Daniel Schönherr** und **Martina Zandonella** zeigen, dazu, dass viele ihre Identität am Arbeits-

platz verheimlichen, andere Rollen spielen und damit enormen psychischen Stress auf sich nehmen. Klar macht diese Studie damit auch, wie eng die soziale Frage und unsere gesellschaftliche Vielfalt nicht nur in politischen Kämpfen, sondern im ganz banalen Alltag miteinander verknüpft sind – und warum genau deshalb die Forderung nach gesellschaftlicher Akzeptanz immer Hand in Hand mit dem Kampf um gute Löhne und gerechte Arbeitsbedingungen gehen muss.

Unter der provokanten Überschrift *Marx unter'm Regenbogen* macht der langjährige Aktivist **Hans-Peter Weingand** einen Ausflug in die wechselhafte Geschichte von linken Zugängen zu (sexueller) Vielfalt. Das Spannungsverhältnis zwischen Fragen der Identität und dem Kampf für Umverteilung war nie ein Einfaches und sorgte, wie Weingand zeigt, in Zeiten von Marx und Engels genauso für Debatten, wie in der Frage der Aufarbeitung von NS-Verbrechen. In einem Streifzug vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart zieht der Autor, der selbst einer der ersten offen schwulen Aktivisten innerhalb der SPÖ war, Lehren für die Gegenwart: Insbesondere der Kampf gegen neoliberale Individualisierung müsse stets im Zentrum des Emanzipationskampfes sein – unter'm Regenbogen müssten Klassenkampf und Pride-Parade zusammengehören.

Dass eine Demokratie ihre eigene Entwicklung entlang von Sprache und Symbolen verhandelt, nimmt in der Folge **Marty Huber** zum Ausgangspunkt diesbezüglicher Überlegungen, die vor allem von den „diskursiven“ Problemzonen der LGBTIQ-Bewegung berichten. Denn, was in einer gegebenen Gesellschaft oder Kultur sagbar ist und was nicht, formiert auch, wie diese Gesellschaft sich ausrichtet, ob sie also Ausschlüsse stärkt oder Inklusivität anstrebt. In Österreich ist diese Auseinandersetzung eine Geschichte des „Sounds of Silence“, der auf vielen Ebenen das Tabuisierte und mithin die Sprache(n) der Minderheit(en) von der öffentlichen Aussprache trennt. In diesem Sinne nimmt der Beitrag den Fall einer gestohlenen Regenbogenfahne zum Anlass, die Bereiche der Toleranz, der Akzeptanz und des gemeinsamen Feierns auszuloten, um auch die diesbezügliche Doppelmoral der katholischen Kirche zu kritisieren.

Auch freut es die Redaktion in besonderem Maße, dass **Offerus Ablinger** uns eine zum Thema passende Bildstrecke mit dem Titel *Trans/Masc* zur Verfügung gestellt hat, die er auch am Ende dieser Ausgabe mit einem Beitrag erläutert. Dabei gibt er einen Einblick in seinen Produktionsprozess und

macht gleichzeitig deutlich, wie Fragen der LGBTIQ-Bewegung auf unterschiedlichen Ebenen ästhetisch vor Augen geführt werden können.

Wir hoffen, dass wir unseren Leser*innen mit dieser Ausgabe der ZUKUNFT neue Blickwinkel auf die verschiedenen Arenen gesellschaftlicher Auseinandersetzungen bieten können. Unsere Autor*innen bieten mit ihren Analysen nicht nur Perspektiven auf die Herausforderungen einzelner Gruppen und spannende historische Ableitungen, sondern auch den Grundstein einer politischen Agenda, die langfristig die gewachsenen Gräben progressiver Politik überwinden kann. Wir grüßen unsere Leser*innen im Namen der Redaktion und in allen Farben des Regenbogens ...

BIANCA BURGER

ist Redaktionsassistentin der ZUKUNFT und hat sich nach ihrem geisteswissenschaftlichen Studium der Frauen- und Geschlechtergeschichte sowie der historisch-kulturwissenschaftlichen Europaforschung in den Bereichen der Sexualaufklärung und der Museologie engagiert.

SEBASTIAN PAY

ist Bundessekretär der sozialdemokratischen LGBTIQ-Organisation *SoHo*, studiert Geschichte und Soziologie und ist u. a. als parlamentarischer Mitarbeiter für die Themenbereiche Gleichbehandlung und Diversität tätig.

ALESSANDRO BARBERI

ist Chefredakteur der ZUKUNFT; Bildungswissenschaftler, Medienpädagoge und Privatdozent. Er lebt und arbeitet in Magdeburg und Wien. Politisch ist er in der SPÖ Landstraße aktiv. Weitere Infos und Texte online unter: <https://lpm.medienbildung.ovgu.de/team/barberi/>

Inhalt



OFFERUS ABLINGER – TRANSMASC (SERIE 2)
#10 (2020)
ÖL AUF LEINWAND, 200 X 101 CM

- 6 Vielfalt muss immer eine soziale Frage sein!**
VON MARIO LINDNER
- 12 Hart und stabil: Sozialdemokratische Integrationspolitik**
VON NURTEN YILMAZ
- 16 Für einen Feminismus für ALLE**
VON TATJANA GABRIELLI
- 20 Der lange Weg zum legalen L(i)eben**
VON SEBASTIAN PAY
- 24 Geschlechtervielfalt in Österreich**
VON DOMINIQUE MRAS
- 30 Der Kampf für Gleichberechtigung ist international**
VON CAMILA GARFIAS
- 32 LSBTI und Arbeitswelt**
VON DANIEL SCHÖNHERR UND MARTINA ZANDONELLA
- 36 Wenn das Wort Feuer wird ...**
VON MARTY HUBER
- 40 Karl Marx unter'm Regenbogen**
VON HANS-PETER WEINGAND
- 46 Malerei, Installation, Performance und bewegtes Bild**
VON OFFERUS ABLINGER



VA Verlag

Vielfalt muss immer eine soziale Frage sein!

MARIO LINDNER diskutiert eingehend die Problemfelder Queere Rechte, Feminismus sowie die Gleichstellung von Migrant*innen, die in der Linken immer öfter als „Identitätspolitik“ abgetan und in einen vermeintlichen Widerspruch zur sozialen Frage gestellt werden. Insgesamt fordert er zu einem Projekt radikaler Solidarität auf.

I. EINLEITUNG

Über Gleichheit zu reden ist oft nicht einfach. Gerade in der Linken erleben wir in den letzten Jahren eine Debatte, die Identitätspolitik gegen die sozialen Fragen ausspielt. Das Narrativ dahinter ist, zumindest für die Verfechter*innen eines Zugangs, der wieder die „harten“, sozialen Themen ins Zentrum rücken will, ziemlich simpel: Viel zu lange haben sich die Linken und Progressiven „Orchideenthemen“ zugewandt. Sie haben Minderheiten bedient und deren Interesse vor die Interessen der Mehrheit gestellt ... und sie haben damit verloren. Von Hillary Clinton in den USA bis zu Christian Kern in Österreich müssen sich diesen Vorwurf eine ganze Reihe von Sozialdemokrat*innen anhören. Und ein Funken von Wahrheit steckt in dieser Anklage schon drin.

Denn während Sozialdemokrat*innen und Sozialist*innen in den vergangenen Jahrzehnten, spätestens seit den 1990er-Jahren, immer seltener die Verteilungsfrage gestellt haben, haben sich Themen wie Frauenrechte, Migration und LGBTIQ-Themen' immer stärker durchgesetzt. Dieser Trend spiegelt sich auch in der Gesellschaft wieder: Immer mehr Gruppen artikulieren heute ihre Forderungen und kämpfen für ihre Grund- und Menschenrechte. Der Einsatz für mutige Umverteilung oder eine gerechte Arbeitswelt wurde dagegen leiser. Gerade hier wirkte die Sozialdemokratie oft eher wie die mutlose Verteidigerin eines alten Systems, das schon längst nicht mehr für alle funktioniert ... und weniger wie die Vorkämpferin von Reformen für die Vielen.

Doch am Ende des Tages ist die Idee, dass die richtige Antwort auf verteilungspolitische Mutlosigkeit das Kleinmachen, Belächeln und Wegdrängen von Fragen der Gleich-

heit und der Menschenrechte sei, vor allem eines: Billig. Dieser Zugang ist nicht nur ideologielos, sondern übernimmt ganz bewusst Diskurse von Neoliberalen und Rechten, die auf Spaltung setzen. Dabei werden nicht nur historische, sondern auch tagespolitische Fakten ignoriert. Stattdessen wird ein rechtes Narrativ übernommen, das so alt ist, wie der politische Wettbewerb selbst: Nämlich jenes, dass man die Fragen von Gleichheit und Gerechtigkeit nicht miteinander verbinden kann – oder zeitgemäßer in den Begriffen Trumps formuliert – dass die linken Eliten sich nur für die Rechte von Minderheiten einsetzen, weil sie in Wahrheit gegen die Rechte der Arbeiter*innen und wirtschaftlich Schlechtergestellten seien.

Ein moderner Ansatz für linke Politik muss sich von genau diesen verfahrenen und historisch gescheiterten Modellen lösen. Ganz simpel gesagt: Uns muss klar sein, dass auch schlecht bezahlte Schwule am Bau hackeln und Transfrauen mit Fluchterfahrung in unseren Krankenhäusern arbeiten ... sie alle haben nicht nur das Recht auf guten Lohn und gerechte Arbeitsbedingungen, sondern auch darauf nicht diskriminiert und gesellschaftlich abgesichert zu werden. Der Gegensatz zwischen der „weißen, heterosexuellen, männlichen Mehrheit“ und den „Randgruppen“ ist konstruiert und verschleiert nur die echten Probleme unserer Gesellschaft, die in Wahrheit alle von uns betreffen.

Einen Teil der Gesellschaft gegen einen anderen Teil auszuspielen ist und bleibt genauso falsch, wie zu glauben, dass wir mit sozialer Absicherung einen Teil des guten Lebens politisch erreichen können, ohne gleichzeitig ein diskriminierungsfreies, selbstbestimmtes Leben umzusetzen. Sozia-

le Themen und Gesellschaftspolitik sind weder Widerspruch noch Konkurrenten, sie gehören zusammen. Vielfalt muss am Ende des Tages, gerade für uns Linke, immer eine soziale Frage sein!

II. DER LINKE MYTHOS VON DEN ORCHIDEENTHEMEN

Kaum ein Beispiel zeigt diesen schwelenden Konflikt zwischen sozialen und gesellschaftlichen Themen wohl aktuell so deutlich, wie die Debatte innerhalb der deutschen Linkspartei. Nun ist Sahra Wagenknecht in den letzten Jahren nicht gerade mit sensiblen oder respektvollen Aussagen aufgefallen, wenn es um die Frage von Menschenrechten ging. Mit ihrem neuen Buch sorgt sie aber gerade jetzt für eine neue Welle der Empörung.

In *Die Selbstgerechten* wendet sich Wagenknecht laut ersten Auszügen in den sozialen Medien gegen „immer kleinere und skurrilere Minderheiten“, die den Anspruch hätten, „ein Opfer zu sein“. „Sexuelle Orientierung, Hautfarbe oder Ethnie dagegen funktionieren immer“, so die Politikerin, wenn es darum geht, in der „Lifestyle-Linken“ Anerkennung zu bekommen. Linke Parteien helfen

„die Fokussierung auf die Zielgruppe der Lifestyle-Linken und ihre Debatten um Denk- und Sprachverbote sowie Identitätspolitik nicht [...]. Solche Diskussionen werden von einem Großteil der Bevölkerung als abgehoben wahrgenommen und gehen an den Problemen vorbei, die ein normaler Arbeitnehmer in seinem Alltag hat.“ (zit. nach Laubenburg 2021)

Wagenknecht steht mit dieser Meinung nicht allein da. Ihr Buch ist vielmehr Ausdruck eines Diskurses der schon lange innerhalb linker, progressiver und teilweise sogar sozialliberaler Zirkel schwelt. Dass sie auf diesen Zug aufspringt, sorgt aber zu Recht für Empörung. Nicht nur aus ihrer eigenen Partei und der deutschen SPD schlägt ihr für solche Behauptungen Gegenwind entgegen, sondern sogar die AfD mischt sich online mit Freude in den Streit der linken Reichshälfte ein und lobt Wagenknechts Abrechnung mit Identitätspolitik.

Worum geht's wirklich bei den ideologischen Unterschieden zwischen Links und Rechts? Um unseren Blick auf die Welt. Nicht nur einzelne Teile der Welt, sondern die gesamte Gesellschaft in der wir leben, arbeiten und existieren.

Schon aus der Tradition linker, sozialdemokratischer und sozialistischer Bewegungen heraus wissen wir, dass wir nicht einen Teil des Lebens gegen einen anderen ausspielen können. Zu Recht war die Gründungsidee der Sozialdemokratie ja nicht nur, durch gute Löhne und gerechte Arbeitsbedingungen für Fortschritt zu sorgen ... wir haben immer erkannt, dass zum Leben mehr gehört. Freizeit, Entfaltung, Wissen, die Möglichkeit zu sein und zu leben, wie wir sind – all das ist auch eine soziale Frage und als genau solche nicht zu trennen von Wirtschaft, Verteilung und Arbeitswelt. Egal ob wir, wie ich selbst, aus einem Dorf in der Steiermark stammen oder mit Fluchterfahrung nach Österreich gekommen sind, egal ob wir als Frau gegen gläserne Decken im Job ankämpfen oder als schwuler Jugendlicher um Anerkennung in der Lehre kämpfen.

Wenn Wagenknecht also sagt: „Es gibt kein gemeinsames Interesse der Nachfahren von Einwanderern aus muslimischen Ländern oder der Homosexuellen oder gar der Frauen, das über die rechtliche Gleichstellung und generelle Nichtdiskriminierung hinausgeht“ (zit. nach Laubenburg 2021) dann zeigt sie uns vor allem eines: Dass dieser vermeintlich linke Blick auf die Welt in eine Sackgasse gelaufen ist. Der Weg hinaus – und in Wahrheit der Weg nach vorn – kann und wird nur durch ein neues politisches Projekt funktionieren: Ein Projekt, das endlich jeden Bereich unseres Lebens als eine untrennbare, unspaltbare soziale Frage begreift.

III. ÜBER DIE ERSTEN OPFER RECHTER POLITIK

Doch bevor wir uns dieser Zukunftsperspektive zuwenden, hilft ein Blick in die Vergangenheit und Gegenwart. „Nichts ist für eine erfolgreiche Praxis so nützlich, wie eine gute Theorie“, sagte schon Bruno Kreisky zurecht. Und die Basis jeder guten Theorie ist und bleibt die Analyse, das genaue Hinschauen auf die Herausforderungen und Probleme einer Gesellschaft. Genau dieses Hinschauen zeigt uns aber eines: In der Geschichte, genauso wie heute, sind es vor allem Minderheiten, welche die ersten Opfer rechter Politiken und Diskurse sind. Spalten, auseinanderdividieren und gegeneinander ausspielen – das sind Muster, die so alt sind, wie die Menschheit selbst. Im 20. Jahrhundert haben wir gesehen, zu welch furchtbaren Ergebnissen das führen kann.

Als der Vorreiter der Sexualwissenschaft und frühe Gleichstellungsaktivist Magnus Hirschfeld 1919 in Berlin das weltweit einzigartige *Institut für Sexualwissenschaften* gegründet hat,

schuf er nicht nur eine wissenschaftliche Einrichtung, sondern auch einen sicheren Ort für Schwule, Lesben und Transpersonen. Seine Arbeit war, trotz vieler Detailkritik, die sie verdient hat, Ausdruck eines Aufbruchs im Berlin der Weimarer Republik. In der zeitgenössischen Literatur sehen wir genauso wie in Zeitzeug*innen-Berichten, welche Bedeutung diese Stadt insbesondere in den 1920er-Jahren für sexuelle und geschlechtliche Minderheiten hatte.

„Die erste schwullesbische Bewegung blühte im Berlin der 1920er Jahre. [...] Bei aller Feindseligkeit entwickelte sich aber auch eine neue Sichtbarkeit gleichgeschlechtlicher Liebe. Sie beschränkte sich auch nicht allein auf das großstädtische Nachtleben.“ (Schymura 2013)

So beschreibt beispielsweise *Die Zeit* das schwullesbische Leben im Berlin jener Zeit.

Trotz des gesetzlichen Verbotes von Homosexualität wurde dieses Treiben in der deutschen Hauptstadt nicht nur heimlich vollzogen, sondern großteils offen toleriert. Zu polizeilicher Verfolgung kam es nur in den seltensten Fällen – vor allem wohlhabende Personen waren davon kaum betroffen. Und so ist es kein Wunder, dass sich genau diese Akzeptanz in Berlin rasch zu einem prominenten Feindbild des Nationalsozialismus entwickelte. In Reden hetzte Hitler in ganz Deutschland massiv gegen die „Unzucht“ in der Hauptstadt, mit der Machtergreifung der Nazis endete das Wegschauen der Polizei praktisch sofort und Hirschfelds Institut (und mit ihm das erste queere Archiv Europas) wurde im Mai 1933 geplündert und von der SA in Brand gesteckt. „Bekannt“ Schwule und Lesben wurden in den dunklen Jahren danach verfolgt, inhaftiert und in vielen Fällen in Konzentrationslagern ermordet. Nach der Befreiung vom NS-System endete die Verfolgung aber nicht: Viele Gerichtsverfahren, die noch unter Nazi-Herrschaft vor allem gegen schwule Männer begonnen wurden, setzten sich auch in Österreich nach 1945 fort – Vorstrafen wurden nicht erlassen und die Stigmatisierung blieb aufrecht. Erst 1971 schaffte Österreich das Totalverbot von Homosexualität unter Erwachsenen ab, als Opfergruppe des Nationalsozialismus wurden Schwule erst in den 1990er-Jahren anerkannt.

Die Verbrechen, die Minderheiten unter nationalsozialistischer Herrschaft angetan wurden, sind beispiellos und dür-

fen nicht verharmlost werden. Aber gerade für all jene, denen Vielfalt und Gleichheit heute ein Anliegen sind, ist es wichtig, die Muster zu erkennen, die dahinterstecken. Muster, die auf Ausgrenzung und Spaltung basieren. Muster, die wir auch in unserer heutigen Gesellschaft wiederfinden – überall dort, wo Herrschaft oder Herrschaftsansprüche auf einer auseinanderdividierten Gesellschaft beruhen. Es reicht ein Blick nach Polen, um genau das zu sehen: Denn es ist kein Zufall, dass in diesem Land undemokratische Strukturen, die Verfolgung politischer Gegner*innen und massiver Sozialabbau unter dem Deckmantel von Gesellschaftspolitik durchgepeitscht werden. In einem Land, in dem sich mehr als ein Drittel der Regionen als „LGBT-freie Zonen“ bezeichnen, Minderheiten verfolgt und die Reproduktionsrechte von Frauen am laufenden Band attackiert werden, können wir dieses Muster rechter Politik deutlich erkennen. Dasselbe gilt für Ungarn, wo Orbán seine Umgestaltung des Staates durch Angriffe auf Roma und Sinti, sowie die LGBTQ-Community verschleiert und wo erst Ende 2020 die Entrechtung von transidenten Personen in der Verfassung verankert wurde. Wir sehen dieses Muster in der Rhetorik und Politik Trumps genauso wie in der Herrschaft Putins in Russland und Bolsonaros in Brasilien. Und wir sehen sie auf ganz perverse Art zum Beispiel auch in den Niederlanden, wo Rechte den vermeintlichen „Schutz von Homosexuellen“ als Waffe gegen Migrant*innen und insbesondere Muslim*innen nutzen.

Diese und viel zu viele andere Beispiele zeigen, dass rechte Diskurse nicht davor zurückschrecken, Fragen von Emanzipation und Selbstbestimmung mit sozialen Fragen zu verknüpfen ... wenn es ihrem Ziel der Herrschaft durch Spaltung dient. Gerade deshalb darf die Linke nicht den Fehler machen und genau diesen Diskurs der Spaltung wiederholen. Wir dürfen uns nicht hinreißen lassen, egal ob aus Mutlosigkeit, Hilflosigkeit oder Ideenarmut, ein Konzept der Spaltung zu übernehmen. Unser Zugang muss ein radikal anderer sein.

IV. FÜR EINE POLITIK DER RADIKALEN SOLIDARITÄT

Als Linke müssen wir das Rad nicht neu erfinden. Wir sind heute nicht die ersten, die vor der Frage stehen, wie wir soziale und gesellschaftliche Kämpfe verknüpfen können, um zu einem guten Leben für wirklich ALLE zu kommen. Die Emanzipation des Individuums, also die Möglichkeit frei und

selbstbestimmt leben zu können, bedarf immer sozialer Absicherung. Das war schon Johanna Dohnal und Bruno Kreisky bewusst. Sie haben ihre gesellschaftliche Koalition ganz bewusst gestärkt, indem sie beispielsweise die Absicherung von Bäuer*innen zu einem zentralen, sozialpolitischen und feministischen Anliegen gemacht und mit traditionellen Klischees der österreichischen Innenpolitik gebrochen haben. Und diesen Zugang verfolgen heute unzählige internationale Politiker*innen und Aktivist*innen, für die es inzwischen (zum Glück) selbstverständlich ist, radikale Sozial- mit radikaler Emanzipationspolitik zu verbinden:

„Pride is about honoring the community workers, the people who work in the clinics, the community organizers, the people who work with LGBT youth, the people who are fighting to make sure it's not just about marriage equality but about quality of life for all people in the community, everybody.“ (Ocasio-Cortez 2019)

Dies sagte zum Beispiel Alexandria Ocasio-Cortez im Zuge ihrer Rede auf einer Pride-Kundgebung in New York 2019. Damit bringt sie auf den Punkt, was linke Gleichstellungspolitik heute sein muss: Ein Projekt der radikalen Solidarität, das die Qualität jedes Lebens ins Zentrum stellt.

Etwas, das mich in diesem Zusammenhang bis heute bewegt, ist der Film *Pride*. Er erzählt die wahre Geschichte von Londoner Schwulen und Lesben, die im Widerstand gegen die Angriffe Margaret Thatchers auf die junge LGBTIQ-Community in den 1980er-Jahren die Solidarität mit anderen marginalisierten Gruppen finden. Sie sammeln Geld für eine Gemeinde von Minenarbeiter*innen, die durch die radikale Politik der konservativen Regierungschefin gefährdet werden und in Angst vor der Schließung der Mine leben müssen, die der ganzen Stadt eine Existenzgrundlage gibt. Zwischen diesen Gruppen, die unterschiedlicher nicht sein könnten, formt sich ein Band der Solidarität, das am Ende dazu führt, dass die Minenarbeiter*innen die frühen Demonstrationen für die Rechte von Schwulen und Lesben in London unterstützen. Sie entwickeln ein Verständnis davon, dass, obwohl ihre Lebensrealitäten und politischen Forderungen verschieden sind, sie gemeinsame Opfer eines Systems der gesellschaftlichen und sozialen Unterdrückung wurden ... und sie gemeinsam stärker gegen ihre jeweiligen Probleme vorgehen können. Aus den historischen Ereignissen, die diesem bewegenden Film zugrunde liegen, entwickelte sich ein Bündnis zwischen britischen Gewerkschaften und den Organisationen der LGBTIQ-Community, das bis heute andauert und für beide Gruppen


große Erfolge erzielen konnte. Nicht umsonst waren es die britischen Gewerkschaftsverbände, die bis vor kurzem traditionell den Eröffnungsblock der Londoner Pride-Demonstrationen bildeten.

Genau solche Projekte gab und gibt es auch in Österreich. Eines der inspirierendsten bleibt für mich das zweite *Frauen*Volksbegehren*. Unter dem Motto „Eines für alle“ verfolgten die Aktivist*innen dabei einen Kurs der Inklusion in dem soziale Fragen, wie die Forderung nach gleichen Löhnen selbstverständlich und logisch neben gesellschaftlichen, wie gelebter Antidiskriminierung und gerechter Verteilung von Macht, standen. Verbunden wurden dabei Fragen von Feminismus, Migration und Sexualität mit mutiger Sozialpolitik, wie der Forderung nach einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung ... für ALLE. Und dabei hat es uns genau das vorgelebt, was linke Gesellschaftspolitik tun muss: Nicht Emanzipation fördern, um möglichst viele, getrennte Gruppen nebeneinander zu bilden – sondern durch Emanzipation allen Kämpfen eine Stimme geben und genau diese Kämpfe hinter gemeinsamen politischen Forderungen zu versammeln, die das Leben aller verbessern.

V. CONCLUSIO

„There is no such thing as a single-issue struggle, because we do not live single-issue lives.“ Auf dieses wegweisende Zitat von Audre Lorde bezieht sich Elisabeth Lechner und schreibt in ihrem Beitrag *#EinesFürAlle – Intersektionalität im Frauen*Volksbegehren 2.0* zu recht:

„Feministische Kämpfe können sich nicht nur mit Geschlecht beschäftigen, sie müssen andere Ungleichheit generierende Strukturen und Identitätsmarker wie Race [sic!], Klasse, Nationalität, Religion, Sexualität, Alter und Behinderung mitdenken, um der Komplexität unserer ‚multi-issue‘-Leben gerecht zu werden.“ (Lechner 2020: 70)

Das *Frauen*Volksbegehren* und viele andere, österreichische und internationale Projekte wie dieses zeigen uns klar, dass wirksamer Kampf um soziale und gesellschaftliche Anerkennung nur Hand in Hand mit dem Kampf gegen soziale Ungleichheit funktionieren kann. Wir brauchen beide Zugänge zusammen und logisch verknüpft, um echte Veränderungen für alle Menschen zu schaffen. Wir brauchen ein Projekt der radikalen Solidarität, um ein gutes Leben für ALLE zu schaffen. 

-
- I. LGBTIQ steht für die Community von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, intergeschlechtlichen, transidenten und queeren Menschen – also all jenen, die durch ihre sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität nicht dem heteronormativen Weltbild entsprechen.

Literatur

- Laubenburg, Frank (2021): Sahra Wagenknecht macht „skurrile Minderheiten“ verächtlich, in: Mannschaft Magazin, online unter: <https://mannschaft.com/sahra-wagenknecht-widerlich-nicht-nur-vorm-hintergrund-zunehmender-gewalt-gegen-queers/> (letzter Zugriff: 22.04.2021).
- Lechner, Elisabeth (2020): #EinesFürAlle – Intersektionalität im Frauen*Volksbegehren 2.0., in: Baran-Szoltys, Magdalena/Berger, Werner (Hg.): Überforderungen. Wie feministischer Aktivismus gelingt, Wien: Kremayr & Scheriau, 70–74.
- Ocasio-Cortez, Alexandra (2019): Twitter-Post vom 23. Juni 2019, online unter: https://twitter.com/AOC/status/1142857778815524865?ref_src=twsrc%5Etfw (letzter Zugriff: 22.04.2021).
- Schymura, Yvonne (2013): Hexensabbat für Schwule und Lesben. Der Christopher Street Day in deutschen Städten gehört zum Sommer wie die Hitze. Die erste schwulesbische Bewegung blühte im Berlin der 1920er Jahre, in: Die Zeit, online unter: <https://www.zeit.de/wissen/geschichte/2013-08/homosexuellenbewegung-berlin-zwanziger-jahre/komplettansicht> (letzter Zugriff: 22.04.2021).

MARIO LINDNER

ist Abgeordneter zum Nationalrat und Sprecher der SPÖ für Gleichbehandlung, Diversität und LGBTIQ. Seit 2017 ist er Bundesvorsitzender der sozialdemokratischen LGBTIQ-Organisation SoHo Österreich.



**TransMasc (Serie 1–8)
#1 (2019)**
Öl auf Leinwand
200 x 101 cm

Hart und stabil: Sozialdemokratische Integrationspolitik

Der Beitrag von **NURTEN YILMAZ** diskutiert unterschiedliche Aspekte der gesellschaftlichen Vielfalt und bringt so die wichtigsten Aspekte der sozialdemokratischen Integrationspolitik auf den Punkt ...

I. EINLEITUNG

Vielfalt ist. Sie ist einfach. Sei es in der Arbeit, im alltäglichen Leben oder in jedem anderen sozialen Bereich: Wir Menschen sind divers und vielfältig. Wir haben unterschiedliche Herkünfte, Merkmale, Geschmäcker, Geschlechter, Erfahrungen, Erstsprachen und Begehren. Das ist so selbstverständlich, dass ein Punkt dabei oft unverständlich bleibt: Es gibt unterschiedliche Unterschiede, weil manche Unterschiede auf gleicher Höhe verhandelt werden (du magst Vanille-, ich Schokoeis). Und manche Unterschiede wiederum tief eingelassen sind in staatlich überformte Macht- und Herrschaftsstrukturen, worüber nicht nur gesamtgesellschaftliche Ungleichheiten reproduziert werden, sondern auch Individuen selbst entlang dieser Achsen symbolischer Macht und Gewalt ausgesetzt sind: Abwertung, Scham, Unsichtbarkeit und Unsicherheit.

Als Sozialistin und Feministin ist mir wichtig, nicht beim Beschreiben von Vielfalt stehen zu bleiben. Oder gar Vielfalt einfach abzufeiern. Es gibt „differences, that make a difference“ in der Zuweisung von Chancen, Möglichkeiten und Machtpositionen. Es ist genau unsere Aufgabe als Arbeiter*innenbewegung die sozialen, rechtlichen und ökonomischen Verhältnisse so umzubauen, damit wir endlich eine „Gesellschaft der Freien und Gleichen“ etablieren, in welcher Unterschiede einfach Unterschiede sein können. Ohne Abwertung, Ausschlüsse, Erniedrigung und Ausbeutung. Der emanzipatorische Einsatz für Teilhabe, rechtliche Gleichstel-

lung, Anerkennung und die Überwindung von Schicht- und Klassenverhältnissen laufen dabei immer ineinander, ergänzen und unterstützen sich entlang einer Leitschnur: Gleichheit und Freiheit für alle.

Darum ist es strategisch wichtig, dass wir uns nicht aufhalten bei einem Politiknarzissmus der kleinen Differenz und politische Kleingärten beackern, die sich zu noch kleineren Schrebergärten ausdifferenzieren. Im Gegenteil. Es gilt Bernie Sanders Imperativ – „Bring people together“ – als Auftrag ernst zu nehmen und über eine verbindende Klassen- und Gesellschaftspolitik die Achsen der Ungleichheit auszuhebeln. Über eine Politik, die alle mitnimmt und niemanden zurücklässt. Nachfolgend versuche ich als spö-Integrationssprecherin diese Aufgabe für einen Unterschied durchzudeklinieren, der von zentraler Bedeutung für die politische Auseinandersetzung in Österreich ist: Die Unterscheidung nach Herkunft.

II. FALSCHER FRAGEN

Kennt ihr die „Integrationsfrage“? Sie taucht oft gemeinsam mit ihrer Schwester, der „Migrationsfrage“, in innenpolitischen Zirkeln auf. Dort, wo sich Journalist*innen eine überbezahlte Beraterzunft und Facebook-Politiker*innen über „Linien“ und „Positionen“ unterhalten. Wobei nicht klar wird, was überhaupt gefragt wird. Und auch darauf verzichtet wird, die Fragen konkret auszubuchstabieren. Aber eine Antwort sei dringend und längst ausständig. Und beantworten

heißt in diesem Politikverständnis meist: Restriktive Signale „kommunizieren“ und Integration mit Migration und Sicherheit mixen. Oder Integration als Migrationsmanagement betrachten. Und Grenzen, ganz wichtig, weil Schutz und Sicherheit. Man müsse „näher hinsehen“, „realistisch sein“, „Verständnis zeigen“ und ja nicht „überfordern“. Dieser Zugang – im Grunde nur eine Ansammlung von Überschriften – wird dann von anderen aus dieser Bubble als harte, konsequente Linie gelobt, wodurch im Umkehrschluss alle anderen in der Integrationspolitik, die pragmatisch, evidenzbasiert, wertorientiert und zuversichtlich arbeiten, als weltfremd erscheinen (sollen).

III. ABSTRAKTE SACKGASSEN

Diese Fragerei ist aber so naiv. Sie ist Ausdruck eines Heumeierns auf der Metaebene, das allen „Menschen da draußen“ schon so zum Hals raushängt. Instrumentalistisch wird darin eine „Position“ in der sogenannten „Integrationsfrage“ gesucht – als wären wir Sozialdemokrat*innen nicht immer schon klar auf Seiten der Vielen positioniert, auf Seiten der vielfältigen Arbeitnehmer*innen. Allein, dass man Integration zur Frage erklärt – und nicht ausgeht von der Normalität als Migrationsgesellschaft – zeugt von einer Unsicherheit, die sich oft in einer sozialdemokratischen Sprachlosigkeit niederschlägt. In der Angst Falsches zu sagen. Und im Übernehmen gegnerischer Diskurse und Argumentationen. Das bringt uns aber nicht weiter.

Migration und Integration zur abstrakten Frage hochzustilisieren ist genauso naiv wie die liberale Bearbeitung kultureller Differenzen. Im Sinne von: Koche und tanze deine Heimat und Flagge. Integration ist aber kein Ausflug ins „Diversity-Disneyland“, wo man sich durch ethnische Vielfalt durchkostet, aber die Putzfrau noch nie zu Gesicht bekommen hat, geschweige denn ihren Namen aussprechen kann. Während die Liberalen kulturelle Differenzen und Ethnizität für den „Wirtschaftsstandort“ verwerten, dazwischen Dialoge abhalten und/oder Toleranz einfordern, sind es auf der anderen Seite die Nationalist*innen aller Herkunftsländer, die kulturelle und ethnische Differenzen ungleich und repressiv aufladen, um im Namen der Homogenität am autoritären Staat zu basteln.

Von beiden Zugängen grenzen wir uns ab, weil wir Sozialdemokrat*innen harte Interessenspolitik für die Vielen machen. Über eine verbindende Klassen- und Gesellschafts-

politik bringen wir alle zusammen: Die, die unser Land täglich vorwärtsbringen. Die, die es sich nicht richten können. Und die, die an eine bessere Zukunft glauben und daran arbeiten. Wir organisieren sie, wir organisieren uns. Wir richten uns auf. Unsere Integrationspolitik ist somit Teil eines gemeinsamen Einsatzes für kollektive und individuelle Ermächtigung – nicht nur für die „Neuen“ im Land, sondern für uns alle. Unser politisches Terrain ist die Ökonomie, sind Machtverhältnisse, das Ringen um gleiche soziale und politische Rechte und der Einsatz für Respekt, Anerkennung, Demokratie und Teilhabe. Es nützt nichts bei kulturellen Differenzen, irgendwelchen „Fragen“ oder PR-Slogans hängen zu bleiben. Es braucht „real talk“ und glaubwürdiges Engagement.

IV. UNSERE HERKUNFT, SPRACHE UND KULTUR

Was also als abstrakte „Integrationsfrage“ zwischen Liberalen, Nationalisten und Beratern als heiße Kartoffel hin- und hergeschoben wird, ist als feministische Sozialistin ganz leicht zu beantworten, wenn man die Scheindebatten hinter sich lässt und an die Wurzeln ungleicher Verhältnisse und Chancen vordringt. Wenn man in die Stätten der Produktion und Dienstleistungen geht. Dort, wo diese Kartoffeln geerntet und für unsere Mittagsmenüs hergestellt werden. Dort, wo man gemeinsam schwitzt, tüfelt, schuffet und entwirft. Das ist unsere sozialdemokratische Herkunft. Wir kommen vom Wienerberg, wo unsere Partei wesentlich als Selbstorganisation der sogenannten „Ziegelböhm“ entstanden ist. Wir kommen, wie meine zugewanderten Eltern, aus den Fabriken Österreichs. Und wir stammen von überall dort, wo man miteinander arbeitet, zusammensteht, gemeinsam werkt und Zukunft baut. Wir sprechen die vielen Sprachen der Straßen, Großküchen und Baustellen unseres Landes. Und wir sprechen die Sprache der Solidarität. Und auch wenn grammatikalisch nicht alles immer stimmt, sind wir Roten doch das Sprachrohr all jener, die als die wirklichen Leistungsträger*innen unser Land täglich am Laufen halten. Nicht nur während Corona. Und Lohnarbeit ist dynamisch, sie ist in *Bewegung* und war und ist immer schon migrantisch.

V. WIR SIND MIGRANTISCH UND STABIL

Der burgenländische Pendler, die rumänische Arbeitsmigrantin oder der Südtiroler Student. Wir sind als Partei in Bewegung immer schon die Vertretung jener, die in Bewegung sind. Wir migrieren, weil wir lernen wollen und hackeln müssen. Weil wir uns etwas aufbauen für uns, unsere

Kinder und Enkel. Und wir alle brauchen eine stabile Vertretung unserer gemeinsamen Interessen, unabhängig von Herkunft oder Geburtsorten. Deshalb tun wir uns zusammen. Deshalb vertreten wir als Gewerkschaft und Partei jene 95 % der Gesellschaft, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Ob als EPU oder Arbeitnehmer*in. Und dabei ist es egal, welche Erstsprache, welchen Pass oder welche Hautfarbe jemand hat. Denn das ist unsere Kultur: füreinander einstehen und aufstehen, aufeinander schauen und die Hände reichen, wenn jemand einmal stolpert. Einfach: Respekt für alle Menschen. Wir SIND die Menschen „da draußen“, ohne die jede Pflegeeinrichtung schließen müsste. Ohne die keine Baustelle jemals fertig wird. Wir sind die, die unser Land ausmachen und in Gang halten.

VI. SOZIALE OFFENSIVE UND ERMÄCHTIGUNG

Als Ottakringer SPÖ-Abgeordnete repräsentiere ich auch nicht *die Türken* oder *die Muslime*, sondern bin für alle da und organisiere die vielfältigen Vielen gegen jene, die uns gegeneinander aufbringen. Beide – das Kapital und die rechten Nationalist*innen aller Länder – spalten und verunsichern, um Ungleichheit voranzutreiben und die ungleichen Verhältnisse zu bewahren. Es ist unsere historische Aufgabe als Partei soziale Sicherheit und Kooperation durchzusetzen, auch indem öffentliche Infrastruktur die sozialen und politischen Rechte aller Menschen ermöglicht. Und diese zusammenbringt. Gute, ermächtigende Integrationspolitik erleichtert das Zurechtfinden und Ankommen in Österreich. Vom ersten Tag an. Aber unsere Integrationspolitik ist als Teilhabepolitik darüber hinaus immer Gesamt-Gesellschaftspolitik, weil wir soziale und politische Teilhabe und individuelle Selbstbestimmung für ALLE Menschen im Land durchsetzen wollen. Nicht umsonst heißt es in unserem Welser Parteiprogramm: „Sozialdemokratische Integrationspolitik arbeitet aktiv an der gesellschaftlichen Teilhabe und Mitbestimmung aller Menschen – egal ob hier geboren oder nicht.“

Das ist unser Spirit. Damit hebt man auch den spalterischen Sozialchauvinismus („Ihr kümmerts euch nur um die Ausländer/Flüchtlinge!“) aus: Wir gehen in die soziale Offensive für alle und investieren in den sozial-ökologischen Umbau, damit niemand zurückbleibt und es allen besser geht. Ermächtigende Integrationspolitik heißt in der Bildung massiver Ausbau öffentlicher, ganztägiger Bildungseinrichtungen, in der individuell supportet und gemeinsam gelernt wird. Beste Bildung für alle, kein Kind zurücklassen. Wenn

wir Sozialdemokrat*innen Integrationsmaßnahmen wie das *Jugendcollege* (Stadt Wien) oder das *Integrationsjahr* (Stöger/Duzdar) installieren, dann wollen wir „Integration von Anfang an“ und die Bedingungen fürs Ankommen und Weiterkommen schaffen. Keine paternalistische Hilfe, sondern öffentliche Strukturen für soziale Emanzipation. Deutschkurse sollen z. B. leicht zugänglich sein, methodisch an den Lebenswelten der Lernenden ansetzen, ermächtigen und von gemeinsamer Zuversicht getragen sein – und nicht als repressives Mittel dienen, noch mehr Hürden zur Teilhabe einzuziehen (Wohnungsmarkt, Sozialhilfe, etc.). Ermächtigende Integrationspolitik heißt hinsichtlich der Geschlechterverhältnisse klare Kante für Frauenrechte und Gleichstellung. Immer und überall. Egal wo, egal welcher Pass, egal welches religiöse Bekenntnis oder Herkunftsland. Kein Wegschauen oder „falsche Toleranz“, sondern solidarisches Eintreten für ökonomische Selbstbestimmung, Gleichheit, individuelle Freiheit und höhere Löhne im migrantisch geprägten Care-Bereich. Unsere Integrationspolitik ist Einsatz für weibliche, migrantische Sichtbarkeiten, feministische Bubenarbeit und soziale Gleichstellung zugleich. Wir zeigen nicht mit dem distanziererten, moralischen Finger oder dreschen symbolisch hin, sondern bilden langfristige (Frauen-)Banden der Emanzipation.

VII. GEGEN ALLE PARALLELGESELLSCHAFTEN

Private Krankenhäuser, private Schulen und elitäre Wohnviertel. Die oberen 5 % grenzen sich gerne ab und ein, bilden „gated communities“. Egal ob am Wörthersee, in der ÖVP-Spendenliste oder im 1. Bezirk. Wir Roten wollen diese Parallelgesellschaften nicht. Wir wollen auch nicht, dass Menschen aus Tirol oder Syrien unter sich bleiben und irgendwelche kulturellen Inseln in Wien ausformen. Unsere ganze Kommunalpolitik zielt darauf ab, dass wir öffentliche, inklusive Räume für alle schaffen. Für Begegnung, Teilhabe, Freiheit, Bildung und Gestaltung. Fürs Zusammenleben und Zusammenkommen. Eine Stadt ist keine Aneinanderreihung von ethnischen oder sprachlichen Kulturcontainern, die nebeneinander herumstehen. Wer in Wien ist, ist Wiener*in. Punkt. Und ausgehend von dieser Präsenz und Gleichheit bauen wir miteinander unsere Stadt weiter. Im Umkehrschluss heißt das natürlich auch: Wer neu in Wien ist, von dem oder der wird auch erwartet, dass er und sie sich als Wienerin und Wiener einbringt und mitmacht.

Deshalb ist Community überall dort, wo im Grätzl oder im Verein verschiedenste Menschen zusammenfinden und

das Gemeinsame anpacken und weiterentwickeln. Das ist unser Verständnis von Community: die Kommune in Zuversicht gestalten. In diesem Verständnis von Community sind lokale Präsenz, Vielfalt in Zusammenhalt, kollektives Engagement und Stärke miteinander verwoben – es wird nicht nach Geburtsorten, Sprachen oder Bekenntnissen aus- und eingegrenzt. Diese ganzen (meist) Männer, die von sich behaupten, diese oder jene ersprachliche, religiöse oder ethnische „Community“ zu vertreten – einfach Nein. Diese veraltete Repräsentationspolitik bringt uns politisch nicht weiter, weil sie auch das Aufbrechen von patriarchalen und kulturalistisch-nationalistischen Strukturen erschwert. Wir wollen ja gerade Frauen, Mädchen, Jugendliche und Kinder in ihrem demokratischen Selbstbewusstsein stärken, damit sie für sich selbst sprechen und sich einbringen. Und nicht nur mitgemeint sind. Deshalb machen wir als SPÖ ständig Hausbesuche. Wir klappern Wohnung für Wohnung ab, um direkt mit unseren Leuten ins Gespräch zu kommen. Das ist also unsere politische Sprache: Ermächtigung, Individualität, Feminismus und Sozialismus. Ganz einfach.


VIII. GRENZEN ZIEHEN

Was also tun, wenn das nächste Mal ein*e Sozialdemokrat*in eures Vertrauens hadert und zögert, abstrakt über irgendeine „Frage“ sinniert, keine adäquate Sprache findet oder Anleihen bei politischen Gegner*innen nimmt? Erstens: Sagen, was ist. Wir sind Einwanderungsland und Migrationsgesellschaft. Wir organisieren uns in Partei und Gewerkschaft als vielfältige Arbeitnehmer*innen in Bewegung unabhängig von Herkunft, Geburtsorten und Erstsprachen. Ein Wappler ist ein Wappler, egal woher er kommt. Individuelle Freiheit sticht jede Kultur, Tradition oder Religion. Misogynie, Sexismus und Patriarchat sind überall zu bekämpfen. Als Kraft der Gleichheit und Demokratie setzen wir den Rassist*innen aller Länder klare Grenzen. Und diese Grenzen sind zu markieren und politisch zu vertreten, gegenüber den einheimischen Nationalist*innen genauso wie den zugewanderten. Weil, machen wir uns nichts vor, ein typischer FPÖ-Funktionär ist vom Mindset eines „Freizeitislamisten“ nicht weit entfernt (Autoritarismus, Rassismus, Frauenfeindlichkeit, Ethnonationalismus, etc.). Hier gibt es keine Kooperation, kann es nicht geben. Das sind politische Gegner*innen, alle zusammen.

Wir Roten sind nicht die besseren Menschen. Und ja, wir haben politische Fehler gemacht. Aber unser Herz schlägt

überall dort, wo Menschen aufeinander schauen, miteinander reden, füreinander eintreten und auch gemeinsam aufstehen. Das ist unsere Leitkultur. Wir sind die politische Schutzmacht all jener, die in den Krankenhäusern, Baustellen, Betrieben und Co-Working-Spaces unser Land am Laufen halten. Ohne uns Arbeitnehmer*innen und Migrant*innen steht die Mühle. Und deshalb muss klar sein, wofür die SPÖ steht und wen wir vertreten. Standhaftigkeit erzeugt Vertrauen, macht uns gemeinsam stolz.

IX. KLARHEIT SCHAFFEN

Es geht darum Klarheit zu schaffen und Teilhabe zu organisieren. Wir haben verschiedene Herkunft und vielleicht auch Heimaten, uns eint aber das Ziel einer gemeinsamen, besseren Zukunft. Für Österreich, für uns, unsere Kinder und Enkel. Österreich ist unser aller Land. Integrationspolitik ist für uns Sozialdemokrat*innen die Schaffung von Strukturen sozialer und politischer (Selbst-)Ermächtigung, nicht die Beschämung und das Erniedrigen von Individuen aufgrund konstaterter (Deutsch-)Defizite. Wir bringen Menschen zusammen, trennen sie nicht nach Klassen. Unsere Kultur ist der Widerstand gegen jede Herrschaft und Ausbeutung. Seit über 130 Jahren. Schluss mit dem Integrationskulturalismus, dem herablassenden Schauen auf „die Neuen/die Anderen“. Sprechen wir über Teilhabe, Gleichheit, Demokratie, Arbeit, Machtverhältnisse und politische Rechte. Sprechen wir über Gesellschaft und uns alle. Wir Roten sind immer schon dort aktiv, wo Facebook-Politiker*innen und Konservative nur abfällig und selbstgefällig hinschauen. Und hintreten. Für uns gilt: Nicht wegducken, sondern stabil bleiben. Ob im Betrieb, auf der Straße oder in der Schule. Wir treten hart und konsequent all jenen entgegen, die uns Menschen und Arbeitnehmer*innen entlang unserer Herkunft, Erstsprachen, Geburtsorte, Pässe, Bekenntnisse und Hautfarben spalten wollen. Und sie wollen spalten, weil sie unsere gemeinsame Stärke fürchten. Und sie fürchten zu Recht. 

NURTEN YILMAZ

ist gelernte Starkstromtechnikerin, Nationalratsabgeordnete aus
Ottakring und Integrationssprecherin der SPÖ.

Für einen Feminismus für ALLE

TATJANA GABRIELLI diskutiert den Stand der Deutungshoheit über feministische Forderungen und betont, dass der feministische Kampf der Befreiung aller Frauen gewidmet ist, auch wenn sie nicht alle die gleichen Lebensrealitäten und Erfahrungen teilen ...

I. EINLEITUNG

Wer sind die bekanntesten Feministinnen, die Du kennst? Was sind die bekanntesten feministischen Forderungen, die Du kennst? Welches Bild hast Du im Kopf, wenn Du an die Frauenbewegung denkst? Viel zu oft, sind diese Fragen von weißen, bürgerlichen Frauen geprägt. Viel zu oft wird auch in feministischen Kontexten auf Unterdrückungsmechanismen vergessen, von denen Frauen betroffen sind, die nicht immer die Mehrheit ausmachen, oder nicht immer die lauteste Stimme haben. Das muss sich ändern.

Im Juni 1981 hielt Audre Lorde die Keynote auf der Konferenz der *National Women's Studies Association*. Die schwarze, lesbische, feministische Autorin, Poetin und Aktivistin verwies auf das fehlende Verständnis rassistischer Strukturen. Viel zitiert aus dieser Rede sind folgende Zeilen: „I am not free while any woman is unfree, even when her shackles are very different from my own. And I am not free as long as one person of Color remains chained. Nor is anyone of you.“

Die Forderungen, dass sich die Frauenbewegung mit mehr Lebensrealitäten als jener der weißen, bürgerlichen Frau auseinandersetzen muss, besteht bereits seit Beginn der Frauenbewegung Mitte des 19. Jahrhunderts. Nur langsam hat sie sich jedoch jenen Lebensrealitäten von lesbischen Frauen, schwarzen Frauen und Frauen of Color, sowie Trans-Frauen geöffnet. Doch auch heute noch sind rassistische, klassistische, homophobe und transphobe Strukturen im Kampf um Gleichberechtigung präsent und müssen sichtbar und aufgebrochen werden.

Die Frage, wer hat die Deutungshoheit über die feministischen Forderungen, war lange davon geprägt, dass es privile-

gierte, weiße Frauen waren, die ihre eigene Lebensrealität als den Mittelpunkt der feministischen Kämpfe ansahen. Schwarze Frauen bzw. Women of Color kämpften seit jeher für einen intersektionellen Feminismus, der anerkennt, dass die Lebensrealitäten, die Erfahrungen von Diskriminierung und Ungleichbehandlung nicht für alle gleich sind. Der Begriff *intersectionality* wurde erstmals Ende der 1980er-Jahre durch die amerikanische Juristin Kimberlé Crenshaw öffentlich diskutiert. Sie erklärte anhand einer Straßenkreuzung wie sich Machtwege kreuzen, überlagern und überschneiden, um dadurch die Vielschichtigkeit und Verwobenheit von sozialer Ungleichheit aufzuzeigen. Für die Geschlechterforschung bot dies eine neue Perspektive, um multiple Ungleichheits- und Unterdrückungsverhältnisse zu analysieren, die über die Kategorie biologisches Geschlecht allein nicht erklärt werden können. Mittlerweile ist das Bild der Straßen(kreuzungen) jedoch veraltet, denn Kritiker*innen zeigen auf, dass die Unterdrückungsmechanismen nicht immer getrennt voneinander betrachtet und mehr oder weniger anschließend zusammengezählt werden können. Der Begriff *Interdependenz* wurde eingeführt, um auch die wechselseitigen Abhängigkeiten zu analysieren:

„Im wissenschaftlichen Kontext kann das theoretische Konzept Intersektionalität auch als Sensibilisierungsstrategie betrachtet werden: Es macht auf Schnittmengen von Diskriminierungen aufmerksam, sensibilisiert für die Prozesshaftigkeit binärer Differenzlinien und verdeutlicht zudem die jeweiligen Machtstrukturen und Herrschaftsverhältnisse, in die kategoriale Zuschreibungen eingebettet sind.“ (Küppers 2014)

Auch in diesem Artikel soll uns Intersektionalität dabei helfen, den Kampf um Gleichberechtigung in all seiner Vielfalt zu betrachten.

Intersektionale Analysen im politischen Handeln bedeuten für uns, Mehrfachdiskriminierungen sichtbar zu machen und zu verstehen. Besonders aktuelle Beispiele haben sich aus der *Black Lives Matter*-Bewegung herauskristallisiert. Sexismus und Rassismus gehören zur schmerzhaften Lebenserfahrung vieler Schwarzer Frauen bzw. Women of Color. Nicht nur, dass die Diskriminierungsformen getrennt auf die Betroffenen einwirken, sie wirken auch zusammen. Die Ermordung von Breonna Taylor durch Polizeigewalt sorgte weltweit für Aufsehen. 2014 gründete Crenshaw die *#SayHerName*-Bewegung. Ziel war und ist es, die Erfahrungen von Schwarzen Frauen mit Polizeigewalt sichtbar zu machen. Weiters wurde aber auch thematisiert, dass Schwarze Frauen nicht nur durch staatliche Strukturen rassistisch diskriminiert werden, sondern auch innerhalb der Communitys, der Protestbewegung, den Medien sowie am Arbeitsplatz mit patriarchalen Strukturen zu kämpfen haben.

„Die Person, die in Amerika am wenigsten respektiert wird, ist die Schwarze Frau. Die Person, die in Amerika am wenigsten geschützt wird, ist die Schwarze Frau. Die Person, die in Amerika am meisten vernachlässigt wird, ist die Schwarze Frau.“ Das sagte Widerstandskämpfer Malcom X im Jahr 1962, anlässlich einer Rede über die gesellschaftliche Stellung und den Status Schwarzer Frauen in den USA. In einem Beitrag auf *ze.tt* schreibt Celia Parbey, Autorin und angehende Afrikawissenschaftlerin ebenfalls über das Verhältnis von Rassismus und Sexismus:

„Im Englischen gibt es dafür einen Begriff: Misogynoir, den die queere Schwarze Feministin Moya Bailey prägte. Ein Zusammenspiel aus dem Begriff Misogynie, also einer extremen Form von Frauenfeindlichkeit, und dem französischen Wort Noir, das Schwarz bedeutet. Er beschreibt, welcher Mischung aus sexualisiertem Rassismus, Sexismus und anti-schwarzem Rassismus Schwarze Frauen weltweit ausgesetzt sind. Welche Konsequenzen Misogynoir haben kann, hat der tragische Fall der ermordeten Black-Lives-Matter-Aktivistin Oluwatoyin „Toyin“ Salau gezeigt. Über Twitter hatte sie am sechsten Juni berichtet, dass sie sexuell genötigt worden sei. Am selben Tag wurde sie als vermisst gemeldet. Toyin hatte ihren Angreifer bei der Polizei angezeigt. Diese nahm die Anzeige zwar auf, bot ihr aber keinen weiteren Schutz. Wenige Tage später wurde sie tot aufgefunden.“
(Parbey 2020)

Dieses Beispiel zeigt auf, dass die Lebensrealität von Schwarzen Frauen nicht nur durch eine Perspektive betrachtet werden kann.

II. QUEERER FEMINISMUS – KAMPF DER HETERONORMATIVITÄT

Nicht nur Schwarze Frauen und Women of Color wurden von den ersten Frauenbewegungen ausgegrenzt. Die lesbische Frauenbewegung war bereits in der ersten Frauenbewegung ab Mitte des 19. Jahrhunderts aktiv. Doch es bestand eine gewisse Zurückhaltung, sich mit der (weiblichen) Homosexualität zu beschäftigen. Ein Grund dafür war die Angst, dass dies dem Ansehen der Bewegung schaden könnte. Denn auch die Frauenbewegung war vor den heteronormativen Strukturen der Gesellschaft nicht gefeit. Heteronormativität bedeutet einfach ausgedrückt, dass die Heterosexualität als soziale Norm angesehen wird. Dem zugrunde liegt eine binäre Geschlechterordnung, in welcher das anatomische/biologische Geschlecht mit Geschlechtsidentität, Geschlechtsrolle und sexueller Orientierung gleichgesetzt wird. Einfach gesagt, bedeutet Heteronormativität die Ansicht, dass es nur zwei Geschlechter gibt, die sich jeweils sexuell begehren, Männer zu Frauen und Frauen zu Männern. Männer und Frauen werden mit den jeweiligen biologischen Merkmalen geboren und daraus entwickelt sich vermeintlich automatisch die dazugehörige Identität. Das Geschlecht einer Person lässt sich nach dieser Formel also am Aussehen, an der Präsentation, am Körper und am Verhalten ablesen. Dabei wird davon ausgegangen, dass eine Person nur ein Geschlecht haben kann, und zwar jenes mit dem sie geboren wurde.

Diese Heteronormativität führt dazu, dass Menschen, die diese Gleichung nicht erfüllen, strukturell benachteiligt, diskriminiert und unsichtbar gemacht werden. Diese Menschen finden sich unter dem Dach der LGBTQ-Community wieder. Menschen, deren sexuelle Orientierung nicht hetero ist und Menschen, die sich nicht in der binären Geschlechterordnung wiederfinden.


Ab den 1990er-Jahren begann im deutschsprachigen Raum das Konzept der Mehrfachidentität zu greifen. Beispielsweise ist „Lesbisch-Sein“ nur ein Teil einer Identität und die Bedeutung dessen ist je nach Zusammenhang unterschiedlich gewichtig. Dies bedeutet bis heute auch ein neues Verständnis davon, für wen die feministischen Kämpfe stattfinden. Denn es gibt nicht nur die *eine* Lebensrealität, die *eine* Frau ausmacht. Neben rassistischen, homophoben und klassistischen Strukturen, gibt es aber jene Argumente, welche auf die biologische Gemeinsamkeit von Cis-Frauen, wie Menstruation, Schwangerschaft oder Chromosomen, abzielen. Auch hier gilt jedoch: Nicht alle Frauen menstruieren, nicht alle können

schwanger werden. Macht sie das dann weniger zu einer Frau?

Die Diskussion, wer nun eine Frau ist, betrifft jedoch nicht nur die Ausrichtung der feministischen Kämpfe. Es geht dabei auch darum, geschlossene Frauenräume betreten zu können – seien es Sportarten, wcs, feministische Diskussionen, geschlechterspezifische Unterbringungsorte, wie etwa Asylheime, Gefängnisse oder Schutzräume, wie beispielsweise Frauenhäuser.

Nun gibt es Feminist*innen, die transidente Frauen von diesen geschlossenen Räumen ausgrenzen (wollen). Sogenannte TERFS sprechen Trans-Frauen das Frau-Sein ab. Sie beharren darauf, dass das biologische Geschlecht festgelegt und unveränderlich ist. TERF steht für „Trans-Exclusionary Radical Feminism“. Ins Deutsche übersetzt bedeutet das so viel wie „transausschließenden radikalen Feminismus“. Dabei handelt es sich um verschiedene Ebenen einer transfeindlichen Haltung – von Identität anzweifeln bis hin zur Negierung der Existenz.

Neben offensichtlich transfeindlichen Argumenten, wie etwa es handle sich dabei um verkleidete Männer, wird aber auch über die Definition des Frau-Seins diskutiert. Dabei liegt der Fokus auf den scheinbar gemeinsamen Erfahrungen von Cis-Frauen, die Menschen, die als Männer sozialisiert wurden, nicht teilen können. Doch welche Erfahrungen sollen das denn sein? Übergriffe, Ausbeutung, schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt, Reproduktion oder frauenfeindliche Aussagen. All das erleben auch transidente Frauen. Wenn Feminist*innen davon sprechen, dass Trans-Frauen nun einmal nicht jene Erfahrungen gemacht haben, die sie zu echten Frauen machen, dann machen sie vor allem eines: Sie definieren ein Frau-Sein, das auf ihrer eigenen Lebensrealität beruht.

Heute müssen wir an das Zitat von Audre Lorde zu Beginn dieses Artikels anschließen. Wer eine Frau ist, kann weder allein mit Biologischem, noch mit dem Argument der Sozialisierung festgelegt werden. Der feministische Kampf dient der Befreiung aller Frauen – auch wenn sie nicht alle die gleichen Lebensrealitäten und Erfahrungen teilen. 

TATJANA GABRIELLI

(geboren 1993) ist Bundesfrauensprecherin der *SoHo* Österreich und Vorsitzende der *SoHo* Wien. Sie war Bundesvorsitzende der *Aktion kritischer Schüler_innen* und Öffentlichkeitsreferentin der öh Uni Wien. Derzeit arbeitet sie als Pressesprecherin bei den *Psychosozialen Diensten* in Wien sowie der Sucht- und Drogenkoordination.

Literatur

- Küppers, Carolin (2014): Intersektionalität, in: Gender Glossar/Gender Glossary (5 Absätze), online unter: <http://gender-glossar.de> (letzter Zugriff: 22.04.2021).
- Parbey, Celia (2020): Warum Schwarze Frauen in der Black-Lives-Matter-Bewegung kaum sichtbar sind, online unter: <https://ze.tt/schwarze-frauen-sind-in-der-black-lives-matter-bewegung-kaum-sichtbar/> (letzter Zugriff: 22.04.2021).



TransMasc (Serie 1–8)
#2 (2019)
Öl auf Leinwand
200 x 101 cm

Der lange Weg zum legalen L(i)eben

SEBASTIAN PAY, Bundessekretär der sozialdemokratischen LGBTIQ-Organisation *SoHo*, diskutiert in seinem Beitrag den langen Weg der Entkriminalisierung der Homosexualität und erinnert so u. a. an die *Kleine Strafrechtsreform* und den damit verbundenen Beginn eines neuen (Geschlechter-)Kampfes ...

I. EINLEITUNG

Zum 50. Mal jährt sich 2021 die Entkriminalisierung von Homosexualität in Österreich. Seit 50 Jahren ist gleichgeschlechtliche Liebe legal – doch der Weg dahin war alles andere als einfach. Was können wir heute von den frühen Kämpfer*innen für gleiche Rechte lernen?

Es sind die einschneidendsten Ereignisse, die historischen Daten und Jahrestage wichtiger Beschlüsse, die wir im Geschichtsunterricht lernen. Sie sollen kennzeichnen, wann, wie und vor allem von wem unsere Gesellschaft nach vorne gebracht wurde. Sie stehen symbolhaft für mutige Entscheidungen. Aber sie sind in Wirklichkeit nicht mehr als ein Symbol. Denn in Wahrheit vollzieht sich gesellschaftlicher Fortschritt anders – durch jahrelange Auseinandersetzungen und Diskussionen, durch das schrittweise Erkämpfen von Räumen und durch Debatten, die das verändern, was wir als „denkbar“ ansehen. Und genau so war es auch bei einer der entscheidendsten gesellschaftspolitischen Entscheidungen in der Zweiten Republik: Der Entkriminalisierung von Homosexualität im Juli 1971.

Als vor genau 50 Jahren mit der so genannten *Kleinen Strafrechtsreform* einvernehmliche, homosexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen legalisiert wurden, war das ein Meilenstein. Ein Tag, an den man sich erinnert und dessen rundes Jubiläum in diesem Jahr in Österreich von Vereinen, Zivilgesellschaft und Zeitzeug*innen gefeiert wird. Aber die wahre Geschichte dieses Meilensteins geht tiefer, sie ist vielschichtig und lässt sich nicht nur an einzelnen Personen oder Ereignissen festmachen. Diese Geschichte zeigt uns die ganze Vielfalt eines Kampfes um gesellschaftliche Anerkennung und Akzep-

tanz, sie ist geschmückt mit tragischen Beispielen und furchtbaren Entwicklungen.

II. NACH 1945 BLIEB VIELES, WIE ES WAR ...

Die letzten Jahre haben zu einer deutlichen Neubewertung der Gruppe von Homosexuellen als Opfer des Nationalsozialismus geführt. Dass Schwule, Lesben und Bisexuelle heute als Opfergruppe des NS-Regimes anerkannt werden, war über lange Zeit keine Selbstverständlichkeit. Zur Aufarbeitung dieses Kapitels der österreichischen Geschichte bleibt trotz wichtiger Forschung in den vergangenen Jahrzehnten und zentralen Pionierarbeiten noch viel zu tun. Klar ist, dass insbesondere direkt nach 1945 keine Rede davon sein konnte, dass das offizielle Österreich Verantwortung für die Verfolgung von Homosexuellen durch das nationalsozialistische System übernahm. Das erste offizielle Zeichen des Gedenkens an diese Gruppe wurde 1984 mit der Installation eines Gedenksteins im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen gesetzt, das vorerst Letzte mit der Präsentation eines geplanten Denkmals für diese Opfergruppe im Jahr 2020, das am Wiener Karlsplatz entstehen soll. Erst seit 2005 sind homosexuelle Opfer auch im Sinne des *Opferfürsorgegesetzes* als NS-Opfer für Entschädigungszahlungen der Republik anspruchsberechtigt – zu einem Zeitpunkt, an dem „wenn überhaupt [...] nur mehr einige wenige Betroffene leb[t]en“ (HOSI 2005). Oft wird vergessen, dass homosexuellen Personen in der Zeit des Nationalsozialismus nicht nur die Internierung in Lagern und die Verfolgung durch die *Gestapo* drohten, sondern auch die Verurteilung durch „normale“ Gerichte. Weder begann die strafrechtliche Verfolgung von Homosexualität mit dem NS-System, noch hörte sie damit auf – sie war Teil der Ersten und

Zweiten Republik, genauso wie der austrofaschistischen und der nationalsozialistischen Herrschaft.

Diese Verfolgung vor Gericht endete durch die Befreiung 1945 nicht – in Wahrheit liefen viele Gerichtsverfahren trotz der Ausrufung der Zweiten Republik nahtlos weiter. Ihre Basis bildete der, von 1852 bis 1971 unverändert geltende, §129 I. des Strafgesetzbuches. Im Gegensatz zu Deutschland schloss Österreich ganz bewusst auch homosexuelle Frauen in die Verfolgung mit ein. Dieser Paragraf erlangte mit der 1945 erfolgten Wiederverlautbarung des Strafgesetzbuches von 1852 auch in der Zweiten Republik erneute Geltung. Während der Rosa Winkel der Vergangenheit angehörte, blieb das Rechtssystem, das auch in der NS-Zeit für die gerichtliche Verfolgung Homosexueller gesorgt hatte, also bestehen.

Eine Betrachtung einzelner Gerichtsverfahren aus jener Zeit zeigt erschreckend deutlich, dass für viele Betroffene die Gliederung nach einzelnen Herrschaftssystemen wie Republik, Ständestaat und Drittes Reich keinen Einfluss auf ihre persönliche Stigmatisierung hatte. Aufarbeitungen der gerichtlichen Verfolgung von Einzelpersonen zeigen deutlich, dass während der NS-Zeit erfolgte Verurteilungen und Zeiten in Konzentrationslagern auch im österreichischen Rechtssystem nach 1945 als Vorstrafen angesehen wurden und oft zu härteren Bestrafungen führten. Zwar zeigt die aktuelle Forschung auch Gegenbeispiele dazu, es muss aber eine zumindest größtenteils vorhandene Rechts- und Alltagskontinuität zwischen dem NS-System und der Zweiten Republik festgestellt werden.

III. DER LANGE WEG ZUR STRAFRECHTSREFORM

Insgesamt wurden in 1.076 Strafverfahren, nach §129, zwischen 1945 und 1971 in 736 Fällen Haftstrafen verhängt, in nur rund 110 kam es zu Freisprüchen. Damit liegt die Verfolgung Homosexueller in der Zweiten Republik in Zahlen deutlich über jener von vor 1938. Betroffen waren vor allem junge Männer. Während andere Länder West- und Mitteleuropas Homosexualität bereits bald nach dem Zweiten Weltkrieg entkriminalisierten (oder das schon davor getan hatten), kann im internationalen Vergleich festgestellt werden, dass Österreich die gerichtliche Verfolgung am konsequentesten durchführte.

Die Basis dieser Stigmatisierung kann wohl im besten Fall als richterliches „Alltagswissen“ bezeichnet werden, das

den Blick jener Zeit auf Homosexualität auf traurige Weise widerspiegelt:

„So unterschiedlich sie [die Urteilsbegründungen, Anm.] im Einzelfall aussehen mochten, ihr gemeinsames Merkmal war jedenfalls ihr Synkretismus: Fast nach Belieben mischten sie Vererbungslehre mit Annahmen über Sozialisationseffekte, Physiognomiken mit Zerrüttungstheorien etc.“ (Müller/Fleck 1998: 406)

Die hohe richterliche Freiheit in der Urteilsfindung wird durch eine auffallende Vielfalt von ins Treffen geführten Milderungs- und Erschwerungsgründen unterstrichen: Einzelfälle zeigen, dass Aussagen über die Entsagung von Geschlechtsverkehr in der Ehe als Milderungsgrund genauso angesehen wurde, wie im Fall eines männlichen Angeklagten „daß durch seine lange KZ-Haft die widernatürliche Veranlagung begünstigt wurde“. In den meisten Fällen kann aber von einem richterlichen „Alltagswissen“ und Vorannahmen gesprochen werden, das weit über die eigentliche rechtliche Frage hinausging. Die Kontinuität dieser Beurteilungen zeigt sich auch darin, dass eine nach dem Anschluss 1938 polizeilich eingeführte Kartei, in der alle Fälle nach §129 gesammelt wurden, nahtlos in der Zweiten Republik weitergeführt wurde. Auch wenn die Lebensrealität von Homosexuellen jener Zeit in Österreich vor dem Hintergrund der Rechtslage sozialhistorisch wenig erforscht ist, so muss doch davon ausgegangen werden, dass sie sich unter dem Aspekt der Sexualität wenig von der Kriegszeit unterschied.

Eines der wenigen Zeugnisse aus dieser Zeit stammt vom Schriftsteller Johann Neumann, der unter dem Pseudonym Heinz Heger, im Jahr 1972 mit seinem Werk *Die Männer mit dem Rosa Winkel* erstmals einen Bericht über die Erlebnisse von homosexuellen Inhaftierten im KZ-System veröffentlichte. Er beschrieb die dauerhafte Stigmatisierung, die Heimkehrer nach 1945 erlebten, und den unveränderten sozialen Druck im Österreich der Zweiten Republik:

„In der ersten Zeit nach meiner Heimkehr tuschelte und raunte zwar die Nachbarschaft über mich ‚warmen‘ KZler, aber da ich sehr zurückgezogen lebte und nie in eine homosexuelle Affäre verwickelt wurde, ließ man mich in Ruhe meiner Arbeit nachgehen, kam mir aber auch menschlich nie näher. [...] So aber müssen wir Homosexuelle noch immer im Schatten der Gesellschaft leben und ein recht menschenunwürdiges Dasein fristen.“ (Heger 2011: 168 f.)

Die ersten Veränderungen in der Beurteilung von Homosexualität lassen sich ab 1953 erkennen, als eine Kommission zur Überarbeitung des Strafrechts von 1852 eingesetzt wurde. Deren Arbeit wurde anfangs grundlegend von allen politischen Lagern mitgetragen, erlebte aber rasch eine Polarisierung, die sie zu einem dauerhaften innenpolitischen Thema machte. Nach ersten Vorschlägen entwickelte sich insbesondere von 1960 bis 1966 eine „Politisierung der Reform“, die zunehmend kontrovers diskutiert wurde. Insbesondere die ÖVP blockierte eine Veränderung des Strafrechts, als sie ab 1966 mit einer Alleinregierung im Amt war. Sie legte in jener Zeit eine eigene Strafrechtsnovelle vor, die gerade in der Frage des Strafrechts – genauso wie in Fragen der Selbstbestimmung von Frauen – das christlich-konservative Weltbild auf weitere Jahrzehnte im Strafrecht einzementiert hätte. Durchsetzen konnte sie sich nicht.

IV. DIE WENIGEN ZEUG*INNEN DES KAMPFES UM AKZEPTANZ

Zeugnisse vom Einsatz für die Entkriminalisierung von Homosexualität am Beginn der Zweiten Republik gibt es wenige. Denn während politische Befürworter*innen sich insbesondere erst ab den 1960er-Jahren wirklich zu Wort melden, fanden direkt von der Verfolgung Betroffene nur in den seltensten Fällen den Weg in die Öffentlichkeit. Peter Schieder, der als SPÖ-Abgeordneter 1970/71 zu einem der lautesten Verfechter der Entkriminalisierung wurde, stellte dazu richtigerweise fest:

„Hier gab es keine Interessensvertretung der Betroffenen, sie selbst standen ‚mit einem Fuß im Gefängnis‘ wenn sie öffentlich auftraten, um ihre Erfahrungen oder Wünsche zu artikulieren, sie konnten eines der wichtigsten Gesetze ihres Lebens eigentlich nur anonym und abwartend mitverfolgen.“ (Gössl 2011: 10)

Die wenigen Personen, die sich selbst zu Wort melden konnten, waren entweder in anerkannten Verbänden wie der *Liga für Menschenrechte* organisiert oder taten dies aus einer Position der persönlichen Absicherung heraus.

Zu letzterer Gruppe zählt Wolfgang Benndorf. Er war als pensionierter Direktor der Universitätsbibliothek Graz nicht nur persönlich abgesichert, sondern erzeugte mit seinem Engagement auch einen der ersten Höhepunkte der Emanzipationsbewegung von Schwulen und Lesben nach dem Zweiten Weltkrieg. Seinen ersten breitenwirksamen Artikel zur

Homosexualitätsfrage verfasste er unter dem Eindruck zeitgenössischer Strafprozesse unter dem Titel *Tausendundeine Sittlichkeitsaffäre* in der sozialdemokratischen *Neuen Zeit* im Jahr 1953. Seinen wohl größten Einfluss hatte Benndorf 1956, als er sich im Rahmen der *Liga für Menschenrechte* in ein Strafverfahren einmischte, in dem in Vorarlberg 128 Personen wegen homosexueller Aktivitäten angeklagt wurden. Auch in internationalen Medien erlangte Benndorf dabei Aufmerksamkeit, da er eine 42-seitigen Broschüre unter dem Titel *Unvernunft und Unheil im Sexualstrafrecht* als Argumentation verfasste und sie jedem Prozessbeteiligten übermittelte. Sein Engagement hatte Wirkung. Es wurden „nur“ 96 bedingte Strafen verhängt, insgesamt fielen die Urteile deutlich milder aus als erwartet. In der Schweizer Homosexuellen-Zeitung *Der Kreis* war zu lesen:

„Gerechterweise muss gesagt werden, dass das Gericht ausserordentlich milde, bisher in dieser verständnisvollen Grosszügigkeit in Österreich kaum bekannte Urteile gefällt hat. [...]. Vor allem aber ist das erfreuliche Ergebnis ohne Zweifel ein Verdienst des Herrn Hofrates Dr. Benndorf, dessen ebenso kluge wie mutige und mannhaftige Interventionen offensichtlich Eindruck gemacht haben.“ (N. N. 1956: 15)

Benndorfs Kernaussagen dort waren juristischer Natur, nahmen aber auch zahlreiche geschichtliche und philosophisch-ethische Argumente auf, medizinische Analysen fehlten weitgehend:

„Inzwischen würde aller Menschenjammer, den der § 129 erzeugt, unvermindert weitergehen. Wenn das Parlament genug Verantwortungsbewußtsein hätte, um sich auch nur durch die nicht abreißende Kette von Selbstmorden in seiner Lethargie stören zu lassen, dann müßte dieser mörderischste aller Strafparagrafen sofort und einzeln angepackt werden.“ (Benndorf 1956: 35)

V. DIE KLEINE STRAFRECHTSREFORM UND DER BEGINN EINES NEUEN KAMPFES

Zu einer echten Wende im Kampf um die Entkriminalisierung von Homosexualität kam es erst Mitte der 1960er-Jahre. Während die Bewegung für gesellschaftliche Öffnung und Modernisierung Fahrt aufnahm, legte die ÖVP-Alleinregierung eine Strafrechtsreform vor, die reaktionäre Weltbilder weiter verankern wollte. Und obwohl Kanzler Klaus diese nicht durchsetzen konnte, brachte der Widerstand gegen diese Reform einen neuen Aufwind für linke und liberale Zugänge. So wurde im universitären Umfeld zum Bei-

spiel der *Verband Sozialistischer Studenten* zu einer der zentralen Vorkämpfer*innen für ein modernes Sexualstrafrecht. Der Höhepunkt dahingehender Aktivitäten ist aber sicherlich die Tagung *Sexualität ist nicht pervers*, die von der Wiener Sektion des VSStÖ vom 16. bis 20. Oktober 1967 an der Universität Wien durchgeführt wurde. Die besondere Breitenwirkung, die der VSStÖ mit dieser Veranstaltung erreichen konnte, lässt sich auch an der Teilnahme von Theodor Wiesengrund Adorno ablesen, der einen Vortrag zur Frage *Sexualtabus und Recht heute* hielt. Im Rahmen der Veranstaltung waren unter anderem Gäste aus Deutschland und Schweden anwesend, diskutiert wurden zahlreiche Fragen des Sexualstrafrechts, wie beispielsweise jene der Abtreibung. Als prominenteste, weil provokanteste Forderung, trat dabei aber sicherlich jene der Entkriminalisierung von Homosexualität hervor.


Mit diesen und vielen anderen Aktivitäten wurde der Grundstein für eine Stimmung gelegt, die nach dem Wahlsieg Kreiskys 1970 und der Formung der spö-Minderheitsregierung zu einem Zustand führte, in dem die Entkriminalisierung von Homosexualität zu einer dringlichen Notwendigkeit geworden war. Kanzler Kreisky selbst meinte in seiner Regierungserklärung am 21. April 1970:

„Die Bundesregierung hält gerade in Hinblick auf die Notwendigkeit einer sorgfältigen parlamentarischen Beratung der großen Strafrechtsreform legislative Sofortmaßnahmen für erforderlich, die nach allgemeiner Auffassung nicht mehr länger aufgeschoben werden dürfen, will man tausendfaches Leid auf Grund unhaltbar gewordener Vorschriften nicht täglich wiederkehren lassen.“

Damit attestiert Kreisky, genauso wie später beispielsweise auch Proponent*innen der övp, dass die Frage von Homosexualität unter Erwachsenen trotz aller moralischen Einwände im Jahr 1970 weitgehend im Konsens betrachtet wurde – auch bei der finalen Abstimmung des Nationalrats stimmten in offener Abstimmung nur wenige Abgeordnete der övp gegen die *Kleine Strafrechtsreform*. Und während ein Unterausschuss des Justizausschusses sich noch einige Monate mit dieser Frage beschäftigte, entwickelten einige spö-Abgeordnete eigenes Engagement für eine rasche Entkriminalisierung. So erzählt Peter Schieder in seinen Erinnerungen:

„Ich weiß nicht, von wem eigentlich die Idee kam, sie war jedenfalls großartig: Ein – natürlich geheimes – Treffen einiger Abgeordneter mit Homosexuellen, um alle offenen Punkte und deren zusätzliche Wünsche an das Gesetz zu besprechen. [...] Mut, Offenheit

und Eindringlichkeit der Diskussionsbeiträge waren für mich beeindruckend und bewegend. Und wahrscheinlich wurde mir erst dort die volle Grausamkeit und Dummheit einer Gesetzesbestimmung bewusst, die für viele Männer das persönliche Lebensglück verboten und strafbar gemacht hat.“ (Gössl 2011: 10)

Als die *Kleine Strafrechtsreform* nach jahrelangen Bemühungen und vielen Widerständen am 8. Juli 1971 beschlossen wurde, hatte der Fortschritt trotz allem einen schalen Beigeschmack. Der Beschluss fußte für viele (aber nicht alle) Beteiligten nicht auf dem Sinnen nach Gerechtigkeit und Gleichheit, sondern auf dem simplen Gedanken, dass „Verirrungen“ wie Homosexualität zwar abzulehnen seien, aber eben kein Teil des Strafrechts sein müssten. Im Kampf um Mehrheiten führte der Nationalrat außerdem vier Sonderstrafparagrafen – wie das Verbot der Werbung oder der Gründung von Vereinen – ein. Der letzte dieser Paragrafen, das unterschiedliche Schutzalter für schwule Jugendliche, wurde erst 2002 gekippt. Der Kampf für Gleichstellung ging 1971, genauso wie heute, unvermindert weiter. 

SEBASTIAN PAY

ist Bundessekretär der sozialdemokratischen LGBTQ-Organisation *SoHo*, studiert Geschichte und Soziologie und ist u. a. als parlamentarischer Mitarbeiter für die Themenbereiche Gleichbehandlung und Diversität tätig.

Literatur

- Benndorf, Wolfgang (1956): Unvernunft und Unheil im Sexualstrafrecht §129 lb öStG (§175 dStGB) im Lichte der Tatsachen, Wien: Sensen.
- Gössl, Martin (2011): Von der Unzucht zum Menschenrecht: eine Quellensammlung zu lesbisch-schwulen Themen in den Debatten des österreichischen Nationalrats von 1945 bis 2002, Graz: Rosalila PantherInnen.
- Heger, Heinz (2011): Die Männer mit dem Rosa Winkel. Der Bericht eines Homosexuellen über seine KZ-Haft 1939–1945, Gifken: Merlin.
- HOSI Wien: Homosexuelle NS-Opfer erhalten endlich Rechtsanspruch auf Entschädigung, online unter: <https://www.hosiwien.at/homosexuelle-ns-opfer-erhalten-endlich-rechtsanspruch-auf-entschadigung/> (letzter Zugriff: 23.04.2021).
- Müller, Albert/Fleck, Christian (1998): „Unzucht wider die Natur“. Gerichtliche Verfolgung der „Unzucht mit Personen gleichen Geschlechts in Österreich von den 1930er bis zu den 1950er Jahren, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 9 (3), 400–422.
- N.N. (1956): Dankesbrief aus Oesterreich, in: Der Kreis. Eine Monatschrift 7, 15.

Geschlechtervielfalt in Österreich

Transpersonen sind in Österreich genauso wie intergeschlechtliche und non-binäre Menschen mit massiven Diskriminierungen konfrontiert – nur aufgrund ihrer Geschlechtsidentität. **DOMINIQUE MRAS** fragt danach, wie der Kampf um Anerkennung und Sichtbarkeit „den Rest von uns“ betrifft ...

I. EINLEITUNG

Die Geschichte von transidenten Menschen reicht lange zurück und ist keineswegs, wie heutzutage oftmals gerne behauptet, ein neues Phänomen. Transidente Personen lehnen das ihnen bei der Geburt zugewiesene Geschlecht ab. Denn abseits der binären Geschlechterstruktur von Mann und Frau gibt es in unserer Gesellschaft eine breite geschlechtliche Vielfalt. Genau diese Vielfalt existiert aber oftmals versteckt bzw. wird oft bewusst versucht, sie unsichtbar zu machen. Sei es von staatlicher Seite durch diskriminierende Gesetze oder von konservativen Kräften, die transidenten Personen mehr oder minder unverhohlen ihre Existenzberechtigung absprechen. Deswegen muss es auch in Zukunft zentraler Bestandteil von jedem politischem Aktivismus sein, Dinge sichtbar zu machen. Nur so erhalten Betroffene und Unterstützer*innen die Möglichkeit, über Missstände und Unterdrückung zu sprechen und gegen diese anzukämpfen. Und das ist notwendig – denn die Marginalisierung von transidenten, intergeschlechtlichen und nicht-binären Menschen ist vielfältig und hat „Tradition“ in Österreich. Doch mit Blick auf die vielen gesellschaftlichen Veränderungen unserer Zeit ist Besserung in Sicht: Ein langer harter Kampf in Vergangenheit Gegenwart und Zukunft!

Transidentität ist so alt wie die Menschheitsgeschichte selbst. Die Geschlechterbiologie, die gerne als unumstößlich und eindeutig dargestellt wird, ist nämlich alles andere als binär. Zahlreiche Zeugnisse von Menschen, die sich nicht in dieses starre Konstrukt eingliedern wollen oder können, veranschaulichen uns im Laufe der Geschichte, dass die ausschließende Unterscheidung zwischen Mann und Frau nicht die Wirklichkeit abbildet. Vielmehr ist es genau dieses exklusive und starre Konzept von Geschlecht, das viele Menschen in

unserer geschlechtlichen Vielfalt unterdrückt und sozial einschränkt. Diese Unterdrückung hat System. Und sie ist von neoliberalen Machtverhältnissen so gewollt!

II. ZUR KATEGORIE „GESCHLECHT“

Klar ist: Die Kategorie Geschlecht, innerhalb eines binären Systems, gibt uns vermeintliche Orientierung und Sicherheit. Die Rollen von Männern und Frauen sind immer noch klar verteilt. Darüber hinaus kennen viele gar kein anderes Konzept abseits des binären Geschlechtermodells. Wir lernen es in der Schule und sehen seine Auswirkungen im Beruf. Die erste Frage bevor ein Kind überhaupt auf die Welt kommt ist nicht umsonst: „Wird es ein Mädchen oder ein Junge?“! Anhand dieser Frage werden schon vor der Geburt Erwartungshaltungen und Rollenbilder auf das binäre Geschlecht des Kindes projiziert. Diese strikte Kategorisierung ist gewollt, denn in einem kapitalistischen und neoliberalen System ist die Rollenverteilung essenziell und darf nicht wirklich hinterfragt werden. Doch genau das tun transidente, intergeschlechtliche und nicht-binäre Menschen. Sie sind schlichtweg gezwungen ein striktes binäres System zu hinterfragen, welches ihnen nur aufgrund der vermeintlich eindeutigen Biologie zugewiesen wurde. Genau deshalb wird Transidentität auch heute noch von Gegner*innen eines selbstbestimmten Lebens als Fehler im System begriffen und angegriffen. Stattdessen kann das Ausbrechen aus dem binären System aber genau das Gegenteil sein: Eine Bereicherung und eine kritische Auseinandersetzung mit Geschlechterrollen, Feminismus, dem neoliberalen System des Kapitalismus und seinen ideologischen Fortsetzungen in der Biologie. Denn Studien, Erhebungen und die Erfahrungen unzähliger Menschen in der Mitte unserer Gesellschaft zeigen eines klar: Geschlechtliche Vielfalt und

Selbstbestimmung sind ein Vorteil – nicht nur für direkt Betroffene, sondern für alle von uns!

Leider sieht auch Österreich das Phänomen von Transidentität noch immer als „Fehler“ an, der korrigiert oder verschwiegen werden kann. Die Geschichte des Kampfes um die Anerkennung von transidenten Menschen in Österreich ist eine lange und mühselige. Während die Homosexuellen-Bewegung rechtliche Erfolge in den 1970er-Jahren erzielte, dauerte es für transidente Menschen weitaus länger, bis die ersten wirklichen Schritte zu Selbstbestimmung und Akzeptanz gesetzt wurden. Änderungen des Personenstands waren in Österreich lange Zeit gar nicht möglich und die Existenz von transidenten Personen wurde von Gesetz und Staat schlichtweg ignoriert. Erst durch neue medizinische Erkenntnisse und vor allem den unermüdlichen Einsatz vieler Aktivist*innen gegen Widerstände und Angriffe erlangte das Thema der geschlechtlichen Vielfalt über die Jahrzehnte mehr Sichtbarkeit.

Bis in die Nullerjahre musste mühsam vor Gerichten die Anerkennung von Trans-Rechten erkämpft werden. Ein zentrales Beispiel dafür ist das Ende des Operationszwangs für transidente Menschen – dadurch wurde über lange Zeit hinweg eine geschlechtsanpassende Operation als Basis dafür vorausgesetzt, um überhaupt den Personenstand ändern zu können. Doch auch danach hatten Transpersonen stets nur die Möglichkeit ihren Geschlechtseintrag innerhalb des binären Systems von Mann und Frau zu ändern. Dass es heute eine dritte Option und damit alternative Geschlechtseinträge gibt – also die endgültige rechtliche Legitimation eines nicht-binären Geschlechtersystems – war 2018 aber nicht der Politik, sondern wie in vielen Fällen davor, dem Verfassungsgerichtshof und dem hartnäckigen Einsatz der Zivilgesellschaft zu verdanken.

Der stete Kampf um die Sichtbarmachung der Marginalisierung und rechtlichen Diskriminierung von transidenten Personen hat schlussendlich zu einigen Teilerfolgen geführt. Das Verfassungsgericht hat dazu mit der Anerkennung eines dritten Geschlechts einen Meilenstein gesetzt. Dieses Erkenntnis ist auf ähnliche Weise auch in zahlreichen anderen Ländern erfolgt. Allerdings hat das österreichische Urteil die genaue Ausgestaltung des bürokratischen Weges zu einer Personenstandsänderung nicht genau definiert. Hier war abermals die Politik dafür verantwortlich, nicht neue Steine in den Weg zu legen und alte Diskriminierungen in neuem Gewand bei-

zubehalten. Schon in der Vergangenheit hatte vor allem die ÖVP über Jahre die Aufhebung des Operationszwangs blockiert. Personenstandsänderungen blieben wegen derselben Blockade auch innerhalb des binären Systems weiterhin pathologisiert und mit bürokratischen Hürden, wie teuren Gutachten, erschwert.


III. VON ERLÄSSEN ...

Dieser Trend setzte sich auch nach dem Urteil zum dritten Geschlechtseintrag 2018 auf traurige Art und Weise fort. Innenminister Kickl legte mit dem s.g. „Kickl-Erlass“ eine massiv diskriminierende und praktisch untaugliche Regelung vor, die es intergeschlechtlichen Personen durch aufwändige Ärzt*innen-Boards massiv erschwerte, überhaupt einen alternativen Geschlechtseintrag zu erhalten. Doch auch nach dem es mit dem Ende des Kickl-Erlasses mit dem Nehammer-Erlass 2020 zu minimalen Verbesserungen für intergeschlechtliche Menschen kam, änderte sich aber an der Situation von Transpersonen nichts. Denn transidente Menschen ordnen sich eben nicht nur dem binären System zu und leben als Männer oder Frauen – viele Transpersonen definieren sich außerhalb dieses Systems und leben non-binär, also weder als Mann noch als Frau. Ihnen bleibt der Zugang zu alternativen Geschlechtseinträgen aber mangels einer Diagnose von Intergeschlechtlichkeit verwehrt – diese Pathologisierung hindert viel zu viele Menschen in Österreich noch heute daran, in dem Geschlecht anerkannt zu werden, in dem sie leben. Dieser fehlende Eintrag in Reisepass und Geburtsurkunde stellt nicht nur Einschränkungen für den Selbstwert dieser Menschen dar, sondern sorgt auch im Alltag für massive Belastungen. Anstatt einen respektvollen und inklusiven Entwurf für ein modernes, unbürokratisches Personenstandsrecht im Sinne des Verfassungsgerichtshofes zu erarbeiten, bevorzugen es gerade konservative Kräfte weiterhin transidente Personen staatlich zu diskriminieren.

Der Nehammer-Erlass, den der aktuelle Innenminister nach einer Amtshandlungsklage durchsetzte, pathologisiert also weiter anhand medizinischer Kriterien und ignoriert die Lebensrealität von Betroffenen. Heute gibt es in Österreich sechs Geschlechtsoptionen – Mann und Frau, sowie „inter“, „divers“, „offen“ und das Fehlen eines Eintrags. All diese Optionen und die Wechsel zwischen ihnen sind auf Basis eines Ausschlusses konstruiert, eines Ausschlusses der möglichst jedes Aufbrechen des binären Geschlechterkonstrukts durch

unüberwindbare bürokratische Hürden verhindern soll. Der lange Wunsch nach einem offenen, freien Personenstandwesen, wurde von der schwarz-grünen Regierung nicht erfüllt. Stattdessen wurde das System abermals verbürokratisiert, um es Betroffenen so schwer wie möglich zu machen, zu ihrem Recht zu kommen. Die Grünen haben es nicht geschafft, die Konservativen vom Grundsatz zu überzeugen, dass kein Gutachten dieser Welt jemandem bescheinigen kann, wer oder was diese Person ist.

IV. SCHLUSS

Wo kämen wir denn hin, wenn Menschen ihre Geschlechterrollen oder ihren Platz in der Gesellschaft kritisch hinterfragen? Bei diesem Gedanken schaudert es Konservativen und dabei vergessen sie, dass sie die Realität längst eingeholt hat. Nicht nur rechtlich gibt es mittlerweile die Vielfalt der Geschlechter, sondern auch in unserer Gesellschaft. Wir sehen diese Umstände heutzutage nur besser – dank des steten Kampfes um Sichtbarkeit, in Vergangenheit, Gegenwart und ZUKUNFT! 

DOMINIQUE MRAS

ist Bezirksrätin in Wien-Alsergrund und eine der wenigen transidenten Politiker*innen in Österreich.
Sie ist Trans-Sprecherin der *SoHo* Österreich.

Factbox

Geschlechtsidentität vs. sexuelle Orientierung – was ist der Unterschied:

Die Begriffe Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung kommen oft gemeinsam vor, wenn wir über die LGBTQ-Community sprechen. Zusammengefasst wird damit der Kampf für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, transidenten, intergeschlechtlichen und queeren Personen. Doch bei Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung geht's um zwei gänzlich unabhängige Kategorien – vereint werden sie nur dadurch, dass sie im Gegensatz zur heteronormativen Gesellschaft stehen.

- ★ **Sexuelle Orientierung:** Durch gesellschaftliche Fortschritte hören wir immer öfter von Kategorien wie „schwul“ oder „lesbisch“. Diese bezeichnen die sexuelle Orientierung, also zu welchem Geschlecht sich eine Person hingezogen fühlt. Die sexuelle Orientierung sagt aber nichts über die Geschlechtsidentität von Menschen selbst aus, sondern nur darüber, wen sie begehren. Lesbisch, schwul, bisexuell, pansexuell oder asexuell sind ausschließlich Bezeichnungen für das sexuelle Begehren, das Menschen empfinden. Ob die Personen nun Cis oder Trans sind, ist nicht relevant. Wen ein Mensch begehrt, wird nicht durch seine Geschlechtsidentität bestimmt.
- ★ **Geschlechtsidentität:** Die Geschlechtsidentität sagt uns, in welchem Geschlecht ein Mensch lebt bzw. leben möchte – das ist unabhängig vom Körper, den Geschlechtsmerkmalen oder auch dem Aussehen. Beschreibungen wie „Transgender“ – oder besser: „transident“, „intergeschlechtlich“ oder „non-binär“ fallen unter diese Kategorie. Die Geschlechtsidentität kann

von jenem Geschlecht abweichen, das bei der Geburt zugeschrieben worden ist. Ein Mensch, der mit weiblichen Körpermerkmalen geboren wurde, sich aber als Mann identifiziert, ist transident. Trans*Personen bewegen sich auf einem breiten Spektrum. Nicht immer muss der Körper an das gelebte und gefühlte Geschlecht angeglichen werden. Ob beispielsweise geschlechtsangleichende Eingriffe für eine Person wichtig sind, ist eine individuelle Entscheidung. Auch das biologische Geschlecht selbst muss nicht immer eindeutig „weiblich“ oder „männlich“ sein. Intergeschlechtliche Menschen, also Personen, deren Körper sich in einem medizinischen Spektrum zwischen männlich und weiblich bewegt, sind von Geburt an nicht eindeutig einem Geschlecht zuzuordnen. Als nicht-binäre Personen bezeichnen sich Menschen, die sich weder als Mann noch als Frau identifizieren, sondern als beides gleichzeitig. Menschen, die mit dem ihnen durch ihre biologischen Merkmale zugewiesenen Geschlecht konform sind, werden „Cis“ genannt – sie werden als Cis-Männer bzw. Cis-Frauen bezeichnet.



TransMasc (Serie 1-8)
#3 (2019)
Öl auf Leinwand
200 x 101 cm



**TransMasc (Serie 1–8)
#4 (2019)**
Öl auf Leinwand
200 x 101 cm

Der Kampf für Gleichberechtigung ist international

Kaum eine Ebene ist für den Kampf für Gleichstellung, Akzeptanz und Vielfalt so wichtig, wie die Europäische Union. Viele Fortschritte für LGBTIQ-Personen sind auch in Österreich nur durch europäischen Druck zustande gekommen, wobei ein massiver Backlash auf EU-Ebene zu verzeichnen ist, wie **CAMILA GARFIAS** betont ...

I. EINLEITUNG

Mitten in der Covid-19 Pandemie haben Regierungen in Polen und Ungarn einen aktiven Angriff auf die Rechte der LGBTIQ-Community gestartet. Einmal mehr zeigt sich vor unser aller Augen, dass Menschenrechte keine Selbstverständlichkeit sind. Gleichzeitig haben die *Europäische Kommission* und das *Europäische Parlament* klare Botschaften gesendet und bewiesen, wie wichtig internationale Solidarität und internationale Arbeit sind.

II. UNGARN UND POLEN – RÜCKSCHRITTE WÄHREND DER COVID-19 PANDEMIE

Schon lange bevor die Gesundheitskrise 2020 ausgebrochen ist und die Pandemie uns in Lockdown und Isolation geschickt hat, haben die polnischen und ungarischen Regierungen aktiv gegen die Menschenrechte von LGBTIQ-Menschen gearbeitet. In Polen wurden sogenannte „LGBTIQ-freie“-Zonen deklariert, in Ungarn LGBTIQ-Menschen als Ideologie verunglimpft und zu Sündenböcken für politisches und soziales Versagen der Regierung Orbans herangezogen. Diese Angriffe und Verunglimpfungen wären für sich allein schon schlimm genug gewesen und waren die klare Konsequenz einer beständig betriebenen Politik des Hasses und der Diskriminierung.

Doch die Covid-19 Pandemie hat diese Situation verschärft: Victor Orban hat in Ungarn die Chance genutzt und unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die Gesundheits-

krise verfassungsmäßig verankern lassen, dass das Geschlecht, das bei der Geburt zugeschrieben wird, nicht geändert werden darf. De facto wurde damit Transphobie in der ungarischen Verfassung verankert – und transidente Personen verloren ihre Anerkennung, ihren Schutz und einen zentralen Teil ihrer Grundrechte. In Polen hat sich die Stimmung noch weiter verschärft und LGBTIQ-Aktivist*innen werden inzwischen von rechtsextremen und klerikalen Faschisten auf offener Straße angegriffen. All das passiert unter dem Deckmantel der Pandemie und von Ausnahmezuständen. Als Sündenböcke werden Schwule, Lesben, Bisexuelle, transidente, intergeschlechtliche und queere Menschen vorgeschoben, um Demokratie- und Sozialabbau, Angriffe auf Gewerkschaften und der Rechtsstaatlichkeit zu verschleiern.

III. EIN ANGRIFF AUF UNS ALLE

Wenn rechtsautoritäre Regierungen einen Angriff auf die Menschenrechte in einem Land in Gang setzen, dann müssen wir alle aktiv werden. Menschen das Recht auf ein freies und offenes Sein zu verwehren, ist ein aktives Instrument von Menschenfeinden, die die Freiheit von Frauen, LGBTIQs und Migrant*innen einschränken wollen. So wird dieselbe Strategie des Hasses in Polen auch gegen die Grundrechte von Frauen eingesetzt, in Ungarn werden Roma und Sinti attackiert.

Wenn sie einen oder eine von uns angreifen, dann müssen wir das als einen Angriff auf uns alle verstehen. Wenn in einem Land die Rechte von Communities abgeschafft werden,

wird solch menschenfeindliche Politik zum akzeptablen Status Quo. Dagegen hilft nur gemeinsames, solidarisches Arbeiten und bedingungslose Solidarität mit marginalisierten Gruppen – in sozialen, genauso wie in gesellschaftspolitischen Kämpfen in allen Ländern Europas.

IV. FREIHEITZONE EUROPA

Auf Druck der Zivilgesellschaft und von Gleichstellungsorganisationen in ganz Europa, aber auch auf Initiative jener politischen Parteien, die für bedingungslose Menschenrechte stehen, wurde im *Europäischen Parlament* eine Resolution zur „LGBTIQ-Freiheitszone“ eingebracht. Mit einer Mehrheit von 492 zu 141 Stimmen und 46 Enthaltungen haben die Abgeordneten des Europäischen Parlaments im März diesen Jahres Europa zur Freiheitszone für LGBTIQs erklärt. Diese Resolution als Antwort auf die diskriminierenden Tendenzen in Polen und Ungarn stellen ein klares Signal an Lesben, Schwule, Transgender und Intergeschlechtliche Personen dar – Europa fordert damit auch alle Nationalstaaten dazu auf, selbst für diese Menschenrechte aktiv zu werden.

Die spanische Sozialdemokratin und Fraktionsvorsitzende der sozialdemokratischen S&D-Fraktion im *Europäischen Parlament*, Iratxe García Pérez, betonte, dass in einigen europäischen Ländern Gewalt und Diskriminierung immer noch Realität für LGBTIQ-Personen seien. Und gerade deshalb müsse Europa und die *Europäische Union* eine klare Position in Sachen Menschenrechte beziehen.

Schon davor, Ende 2020, legte die *Europäische Kommission* mit der *Union der Freiheit* die erste umfassende Strategie zur Gleichstellung von LGBTIQ-Personen auf allen Ebenen vor. In Bereichen wie Sicherheit und Antidiskriminierung stellt sich Europa damit an die Spitze der Bewegung für Gleichheit und Freiheit für ALLE. Damit stehen zwei der drei zentralen EU-Institutionen hinter den Menschenrechten der LGBTIQ-Community – der von den Mitgliedsstaaten besetzte *Europäische Rat* fehlt (noch).

V. SPANNUNGSFELD FREIHEITZONE UND FESTUNG EUROPA

Während sowohl *Europäische Kommission* als auch *Europäisches Parlament* auf der einen Seite Menschenrechte von LGBTIQ-Menschen unterstützen und mit Resolutionen, Beschlüssen und Sanktionen – völlig zu Recht – rechtsextreme


Regierungen zurechtweisen, hinkt die *Europäische Union* insgesamt mehr als nur nach, wenn es um die Menschenrechte von Asylsuchenden geht.

Und hier kommen wir zum Knackpunkt der sozialen Frage und dem zentralen Unterschied zwischen sozialistischen/sozialdemokratischen Organisationen und liberalen/bürgerlichen Organisationen. Denn nur mit einem Blick auf die globalen und ökonomischen Machtverhältnisse, die zu Ungleichheit und Ausgrenzung führen, können wir unsere Solidarität und unseren gemeinsamen Kampf verstehen.

Asylsuchende sind Frauen, Lesben, Schwule und transidente Menschen, sie sind Teil marginalisierter Gruppen und verdienen vor allem eines: Schutz, Würde und Anerkennung. Schutzsuchende sind also Teil jener Gruppe, die laut Beschluss der *Europäischen Kommission* und des *Europäischen Parlaments* in Europa sicher sein sollen. Aber sicher sind genau diese Menschen der LGBTIQ-Community momentan nur dann, wenn sie am richtigen Ort geboren wurden.

Konsequente solidarische Praxis muss daher auch immer offen und ehrlich dieses Spannungsfeld ansprechen und konfrontieren. In den Worten einer Vorkämpferin der LGBTIQ-Bewegung, Marsha P. Johnson: „No pride for some of us without liberation for all of us.“

VI. UNSERE ANTWORT IST INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Eine befreite Gesellschaft kann nur erreicht werden, wenn wir anerkennen, dass Diskriminierung stets eine sozialökonomische Komponente mit sich bringt. Jeder antirassistische Kampf, so wie jeder Kampf für die Befreiung der LGBTIQ-Community muss genau deshalb stets mit dem Kampf um soziale Emanzipation einhergehen. 

CAMILA GARFIAS

ist seit 2019 Vorsitzende des europäischen LGBTI-Dachverbandes der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, *Rainbow Rose*.

LSBTI und Arbeitswelt

Mit der ersten Studie zur Situation von LSBTI-Personen in der Arbeitswelt schrieb die Arbeiterkammer vor wenigen Jahren Geschichte. In diesem Beitrag des A&W-Blogs zeigen **DANIEL SCHÖNHERR** und **MARTINA ZANDONELLA**, wo die Herausforderungen durch sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität am Arbeitsplatz auch heute noch liegen.

I. EINLEITUNG

Schätzungen zufolge sind mehr als 200.000 Beschäftigte in Österreich lesbisch, schwul, bi-, trans- oder intersexuell (LSBTI). Wie es diesen Menschen im Job geht, steht im Zentrum einer im Auftrag der *Arbeiterkammer Wien* durchgeführten Studie. Dass dieser Fokus längst überfällig war, haben schon die ersten Antworten gezeigt: Von verheimlichten Partnerschaften, Ausgrenzung im Betrieb und der Belastung „sich bei neuen Kolleg*innen immer wieder aufs Neue outen zu müssen“ war etwa die Rede. Aber auch über zahlreiche positive Reaktionen und Erfahrungen wurde berichtet.

II. LSBTI-ALLTAG IN ZEITEN VON #MEQUEER

Ende August tauchte ein neuer Hashtag in den Twitter-Trends auf: Unter *#MeQueer* meldeten sich Personen aus der LSBTI-Community zu Wort und schilderten diskriminierende Erfahrungen aus ihrem Leben. Innerhalb weniger Wochen wurden mehr als 150.000 Tweets abgesetzt, die vor allem eines zeigen: Die scheinbare Akzeptanz gegenüber Menschen mit einer anderen sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität erreicht schnell ihre Grenzen – die geschilderten Fälle reichen von obszönen Witzen und Beleidigungen bis hin zu harten Diskriminierungen, die sogar in offenen Hass und Gewalt münden können.

III. HETEROSEXUALITÄT ALS NORM

Gerade in ihrem Beruf stoßen LSBTI-Personen immer noch häufig auf Vorurteile und Ablehnung. Auch wenn vie-

le behaupten, dass Sexualität in ihrer Arbeit keine Rolle spielt („Arbeit ist Arbeit, privat ist privat“), sind Arbeitsplätze keineswegs nur Orte steriler Leistungserbringung. Vielmehr wird Heterosexualität oftmals in den Vordergrund gerückt und als Norm gesetzt – symbolisch etwa im klassischen Familienfoto am Schreibtisch des Chefs oder der Chefin. Alles, was von dieser Norm abweicht, wird folglich erklärungsbedürftig. Mitarbeiter*innen, die über ihr Heteroprivatleben plaudern, führen ein „ganz normales“ Gespräch in der Arbeit. Derselbe Inhalt unter den Vorzeichen einer gleichgeschlechtlichen Beziehung wird stattdessen schnell als ein zu viel an Information und als Grenzüberschreitung eingestuft.

IV. ERSTMALS GROSSE BEFRAGUNG VON LSBTIS ZU IHRER ARBEITSSITUATION

Vor diesem Hintergrund hat das Sozialforschungsinstitut SORA 2017 im Auftrag der AK eine Studie zur Arbeitssituation von Lesben, Schwulen, bisexuellen, Trans*- und Intersex-Personen (LSBTI) in ganz Österreich durchgeführt. Auf einer eigens eingerichteten Homepage konnten Menschen, die sich der LSBTI-Gemeinschaft zuordnen, an einer Befragung teilnehmen, in der es u. a. um ihre Arbeitsbedingungen, ihre Outingsituation im Betrieb und ihre Beziehungen zu Kolleg*innen und Vorgesetzten ging. Die Studie ist statistisch gesehen zwar nicht repräsentativ, liefert aber mit ihren mehr als 1.200 Interviews erstmals umfassende Einblicke in die Arbeitssituation von LSBTIS in Österreich.

V. FAST JEDE*R FÜNFTHE IN DER ARBEIT NICHT GEOUTET

Nur rund ein Viertel (23 %) spricht in der Arbeit ganz offen über die eigene sexuelle Orientierung bzw. Geschlechtsidentität. Die meisten Befragten (59 %) sprechen ihre sexuelle Orientierung bzw. Geschlechtsidentität am Arbeitsplatz zwar nicht bewusst an, reden aber auf Nachfrage darüber. 9 % lassen ihre Kolleg*innen und Vorgesetzten in einem falschen Glauben, ebenfalls 9 % halten sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität komplett geheim.

Die Angst vor sozialer Benachteiligung – etwa in Form von Witzeleien, Tratsch bis hin zu physischen Angriffen – ist für die meisten der Hauptgrund, sich nicht zu outen. Für viele LSBTis heißt das aber, sich z. B. nicht am Büro-Smalltalk der Kolleg*innen beteiligen zu können, seien es die anstehende Urlaubsplanung, Hobbies oder das Fortgehen am Wochenende. Während rund 80 % sagen, dass z. B. Freizeitgestaltung und Beziehungen durchaus übliche Gesprächsthemen in ihrer Arbeit sind, erzählen nur rund 60 % der LSBTis selbst von ihren Hobbies oder ihren Partner*innen, vier von zehn bleiben außen vor.

VI. POSITIVE ERFAHRUNGEN MIT DEM EIGENEN COMING-OUT

„Coming-out“ ist kein singuläres Ereignis, sondern muss von den Betroffenen immer wieder abgewogen und vollzogen werden. Mit jedem neuen Kollegen oder jeder neuen Kollegin stellt sich auch die Frage aufs Neue: outen oder verheimlichen? Positiv ist: Den meisten ist das eigene Coming-out durchaus leichtgefallen und viele haben im Anschluss Zuspruch und Akzeptanz erfahren bzw. konnten engere Beziehungen zu ihren Kolleg*innen aufbauen. Weitere positive Schilderungen betrafen die Möglichkeit, im Anschluss auch LSBTI-Themen in die Arbeit einzubringen, Kolleg*innen bei ihrem Coming-out zu unterstützen oder die Erfahrung, selbst auch Unterstützung von Kolleg*innen oder Vorgesetzten zu erhalten.

VII. DISKRIMINIERUNG OFT IM ZWISCHENMENSCHLICHEN

Nichtsdestotrotz zeigt die Studie ein hohes Maß an negativen Erfahrungen in der Arbeit. Die häufigste Form der Diskriminierung stellt Tuscheln bzw. das bewusste In-die-Welt-Setzen von Gerüchten und üble Nachrede dar – rund

vier von zehn haben dies schon einmal erlebt. Auch obszöne Witze mussten rund 40 % der LSBTI-Beschäftigten schon einmal über sich ergehen lassen. Die erlebten Diskriminierungen reichen aber auch in die konkrete Arbeitstätigkeit hinein, etwa in Form von Kommunikationsausschluss, Ausgrenzung oder unsachgemäßer Kritik an der Arbeit. Fast jede*r Siebte musste Beschimpfungen und Beleidigungen bis hin zu Mobbing, Psychoterror, Drohungen und Erpressungen über sich ergehen lassen, immerhin 8 % berichten von sexueller Belästigung oder wurden aufgrund ihrer sexuellen Orientierung bzw. Identität gekündigt.

VIII. TRANS*-PERSONEN BESONDERS HÄUFIG BETROFFEN

Besonders schwer haben es Trans*-Personen: Rund die Hälfte hat Diskriminierungserfahrungen bzgl. ihrer Arbeitstätigkeit gemacht, rund drei Viertel wurden von Kolleg*innen und/oder Vorgesetzten mit Witzen, Imitieren, unangenehmen sexuellen Anspielungen und dergleichen konfrontiert und ein Viertel hat schon mindestens einmal eine harte Mobbing-Erfahrung machen müssen. Darüber hinaus ist es für Trans*-Personen oft schwer, richtig Fuß am Arbeitsmarkt zu fassen: Mehr als jede*r Dritte hat aufgrund der Geschlechtsidentität schon einmal einen Job nicht bekommen, 26 % sind gekündigt worden und 41 % haben selbst schon einmal einen Job gekündigt, weil die Situation für sie zu belastend war.


IX. IGNORIEREN ALS HÄUFIGSTE REAKTION

Auffällig ist, dass die Mehrheit versucht, allein mit den negativen Erfahrungen umzugehen. Mehr als die Hälfte aller betroffenen Personen gibt an, Beleidigungen und Diskriminierungen so gut wie möglich zu ignorieren. Fast jede*r Dritte gibt darüber hinaus an, dass sie/ihn diese Dinge „kalt lassen“ und sie/er „über diesen Dingen“ stehe. Dies führt aber in den meisten Fällen zu keiner Veränderung der Situation. Besonders bedenklich ist, dass rund jede*r Vierte angibt, nicht zu wissen, was er oder sie hätte machen können.

X. FORDERUNGEN NACH RICHTLINIEN UND DIVERSITY-TRAININGS

Die befragten LSBTI-Beschäftigten erwarten sich in erster Linie klare Richtlinien für den Umgang mit LSBTI-Personen und LSBTI-Themen im Betrieb, ein klares Auftreten gegen Diskriminierungen seitens ihrer Unternehmensführung und

themenspezifische Weiterbildungen oder Diversity-Trainings für die Mitarbeiter*innen und Arbeitnehmervertreter*innen. Die beiden am wenigsten hilfreich erachteten Vorschläge betreffen sprachliche und symbolische Maßnahmen. Die übliche Zurschaustellung der Regenbogenfahne reicht also nicht mehr, auch wenn es vielen nach wie vor um Sichtbarkeit geht. Will man aber wirklich „Flagge bekennen“ und die Gleichstellung von lesbischen, schwulen, bi-, trans- oder intersexuellen Menschen in Österreich vorantreiben, braucht es auch auf betrieblicher Ebene konkrete Maßnahmen.

Dieser Beitrag erschien am 27. September 2018 auf dem A&W-Blog. A&W macht diesen Beitrag unter der Creative-Commons-Lizenz CC BY-SA 4.0 zugänglich. 

DANIEL SCHÖNHERR

ist Sozialwissenschaftler bei sora. Weitere Forschungsschwerpunkte sind u. a. Qualität von Arbeit, Bildungs- und Berufsverläufen sowie Arbeitslosigkeit.

MARTINA ZANDONELLA

ist Sozialwissenschaftlerin bei sora. Weitere Forschungsschwerpunkte sind u. a. Bildungsforschung, Demokratie- und Partizipationsforschung.



**TransMasc (Serie 1–8)
#6 (2017)**
Öl auf Leinwand
200 x 101 cm

Wenn das Wort Feuer wird ...

Eine Demokratie verhandelt ihre eigene Entwicklung entlang von Sprache und Symbolen. Was sagbar ist und was nicht, formiert wie sie sich ausrichtet, ob sie Ausschlüsse stärkt oder Inklusivität anstrebt. In Österreich ist diese Auseinandersetzung eine Geschichte des „Sounds of Silence“, wie **MARTY HUBER** zeigt ...

I. EINLEITUNG

Immer öfter geistern diese Ansagen durch die Medien und durch unseren Alltag: „Was darf denn überhaupt noch gesagt werden?“ Wir befinden uns sofort im Feld der Ambivalenz: Ist es immer so klug, zu sagen was man denkt? Oder ist es immer richtig den Mund zu halten? Vielleicht wäre es besser ein paar Bücher zum Thema zu lesen oder ein paar gute Podcasts zu hören? Offensichtlich geht es nicht um Beantwortung der Frage, wie wir über was reden sollen, sondern um den Kampf um Raum, um die Verteidigung von Normalität, die sehr eng definiert ist. „Was ist denn heute schon noch normal?“ raunt es sicher gleich aus einem nächsten Eck. Verschiebungen, Erweiterungen des Horizontes sind schwierig, wenn wir es uns doch so gemütlich eingerichtet haben. Überschaubar. Einfach. Unrealistisch. Ja, unrealistisch, weil die Vorstellungen von einer einfachen Welt nichts mit unserem Alltag zu tun haben. Eigentlich.

Und das mit dem im richtigen Moment schweigen und im richtigen Moment den Mund aufmachen, ist an sich keine einfache Entscheidung. Oft geht es um Zeichen setzen, subtil oder nicht, laut und leise, mal distanziert oder involviert. Am Ende des Tages geht es darum, was für ein Menschenbild habe ich von mir selbst und wie will ich gesehen werden. Fast nie geht es darum, was denn noch gesagt werden kann, es ist wesentlich mehr Platz im öffentlichen Diskurs, z. B. in den sozialen Medien als noch vor 10 Jahren. Es kann viel mehr gesagt werden und das 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche.

II. SPRACHE(N) DER MINDERHEIT(EN)

Warum also machen sich manche Sorgen, um was überhaupt noch gesagt werden darf? Es ist sicherlich für manche ungewöhnlich, dass – wenn sie z. B. etwas in den sozialen Medien verbreiten – Menschen reagieren, ihnen entgegen-treten, sie kritisieren. Das ist besonders für jene schwer erträglich, die es gewohnt waren zu monologisieren, in ihren Klubräumen und Stammtischen unter sich zu sein. Da sitzt jeder Witz, kein Widerspruch, nichts. Gut, verständlich es schmerzt, denn wer sich dieser Tage von seinem Stammtisch wegbewegt, trifft immer öfter auf Personen aus einer ganz anderen Normalität, die einem sonst so uneigen ist. Da kann es dann schon mal kritisch werden, wenn sogenannte Minderheiten auftauchen und mal sagen, was nicht (mehr) geht, welche Sprache verletzend oder einfach veraltet ist. Sprache ändert sich laufend, Bezeichnungen verlieren ihre Bedeutung, bald wird niemand mehr wissen, was ein *Raider* war und das, obwohl es einfach als *Twix* weiterlebt.

Es stellt sich die Frage schon mal umgekehrt. Nämlich warum es sein kann, dass wir durch Ausschlüsse eine viel größere Inklusivität erreichen? Wenn wir also verstehen wollen, warum wir in einer Demokratie nicht immer tolerant sein können, dann hilft es, einen Blick in Richtung marginalisierter Gruppen zu werfen. Weil sie es sind, die als erstes verschwinden, klein gemacht und angegangen werden in Räumen, die nicht intolerant gegen verletzende Sprache sind. Dabei glauben viele es würde ja reichen, tolerant gegenüber Minderheiten zu sein, tolerant, d. h. geduldet werden muss also reichen. Nicht laut sein, nicht auffallen, nichts verlangen. Minderhei-

ten entwickeln ein Sensorium für diese (sprachlichen) Räume, sie schätzen ein, was können sie riskieren, wie sichtbar sind sie, wer kann sie lesen und wie können sie verschwinden, wenn es zu stressig wird. Sie tun dies aus vielen guten Gründen, egal ob sie Menschen mit Behinderungen, LGBTIQ, Kopftuch tragende Muslime, Schwarze Personen, jüdische Mitmenschen oder aus der Roma und Sinti Community sind. Dieses Abwägen ist immer eine zusätzliche Arbeit, die auch manchmal sehr schmerzlich anzusehen ist. Überschreitungen, wie jene von Conchita, die als bärtige Drag Queen zum Eurovisions-Songcontest antrat, werden gleichzeitig geliebt und gehasst. In den sozialen Medien wurde Conchita beschimpft und mit Hasssprache übersät, als sie den Contest gewann wurde sie am Ballhausplatz gefeiert.

III. GEFÜHLE DES ANDERS-SEINS

Im Moment ergeht es so manchem Starmania-Fan aus der LGBTIQ-Community ähnlich, wenn Queerness, die Abweichung von der Norm, von Vorstellungen der Heterosexualität dermaßen in den Performances herausplatzt und es trotzdem keine Sprache dafür gibt. Woran es liegt, dass zwar viel über Gefühle des Anders-Seins gesprochen wird, über Brüche in den einzelnen Biografien, über junge Frauen, die lieber im Herren-Anzug zum Feuerwehrball gehen als im Ballkleid und es dennoch vonseiten der Moderation von Arabella Kiesbauer kein Wort zu geben scheint, das diese Erfahrung umfasst. Lesbisch, schwul, nicht-binär, trans, queer, bisexuell, es ist als ob nur die, die schon alphabetisiert sind, wissen sollen, was Sache ist. Ein Auftritt mit einem auf die Handinnenseite gemalten Regenbogenherz, das schüchtern in die Kamera gehalten wird, im selben ORF für den Conchita wie ein Phönix aus der Asche den Songcontest gewann. Ist davon gar nichts übrig? Ist es *The Sound of Silence*, der am Ende als Einziges wiederhallt? Vanessa, im Herren-Anzug, stellte dieses Lied in die pandemiebedingte Leere des ORF Studios und aktualisierte diese Frage des Schweigens auf ihre Art.

IV. ZWISCHEN TOLERANZ, AKZEPTANZ UND FEIERN

Vielleicht müssen wir uns überlegen, welche Stufen von Anerkennung queerer Realität es gibt. Eine, die erste Stufe haben wir schon besprochen, es ist jene der Toleranz. Es wird geduldet, dass Du existierst. Zu dieser Duldung gehört meist viel Schweigen. Gut, dass kann für viele schon eine immense Verbesserung bringen. „Was jemand in seinen eigenen vier

Wänden macht, ist Privatsache!“ Dort soll es auch bleiben, wenn es um die Toleranten geht, im Alltag sollte niemand etwas merken, nicht in der Schule, nicht am Arbeitsplatz, nicht im Senior*innenwohnheim.

Die zweite Stufe ist die der Akzeptanz, deren Erlangung funktioniert nur unter der Voraussetzung, sich mit den eigenen Vorurteilen auseinandergesetzt zu haben, mit der eigenen Heteronormativität ins Gericht gegangen zu sein, nicht zu trauern, weil die Tochter sich als lesbisch outet und der vermeintliche Sohn lieber eine Tochter ist. Akzeptanz heißt im vollen Umfang verstanden haben, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt, dass Menschen auf unterschiedliche Weise glücklich und Familie sein können. Akzeptieren heißt weniger annehmen, sondern behutsames Fragen im Wissen, dass es viele Möglichkeiten gibt, ein Leben zu gestalten.

Die dritte Stufe ist die des gemeinsamen Feierns, das muss nicht immer Regenbogenparade heißen, sondern bedeutet die Anerkennung in gemeinsamen Ritualen, bei freudigen oder traurigen Anlässen. Gemeinsam feiern heißt, keinen Aspekt des eigenen Lebens verstecken zu müssen, egal ob in der Familie, in der Community oder in der Glaubensgemeinschaft. Als ganzer Mensch willkommen sein, selbst wenn meine Formen der Resilienz für manche zu laut, zu schrill, oder unpassend erscheinen. Für viele LGBTIQs haben diese Momente große Bedeutung, auch weil ein Coming-out immer noch das Risiko bedeutet geliebte, gebrauchte Zusammenhänge zu verlieren. *The Sound of Silence* übernimmt dann zu oft den Raum. Umso wichtiger sind dann all die kleinen und großen Zeichen des sich Erkennens, sich zu Erkennen-Gebens und deswegen ist es grundsätzlich zu begrüßen, wenn im öffentlichen Raum Symbole, Straßennamen, Denkmäler angebracht und aufgestellt werden, die an Diversität und Kämpfe um Anerkennung erinnern. Diese symbolischen Setzungen, seien es queere Ampeln, Regenbogen-Zebrastrifen oder Infobroschüren zu LGBTIQ-Themen auf Ämtern signalisieren „Du bist hier sicher!“

V. EINE GESTOHLENE FAHNE


Diese symbolischen Akte – wie das Hängen von Regenbogenfahnen – lösen immer noch Kontroversen aus. Regenbogenfahnen werden auf Querdenker-Demonstrationen auf der Bühne zerrissen oder sie werden angezündet, weil sie von römisch-katholischen Kirchen angebracht wurden. Während in Österreich christliche Gemeinschaften, wie die evangeli-

sehen und alt-katholischen Kirchen Menschen mit einer nicht heteronormativen Sexualität oder Geschlechtsidentität willkommen heißen, hadert die römisch-katholische Kirche mit ihrer langen Geschichte des Ausschlusses und der Macht, die sie über Sexualität an sich ausüben möchte. Mir macht es Sorge, dass mit symbolischen Setzungen versucht wird, sich über eine wirkliche Auseinandersetzung mit der homo- und transfeindlichen Geschichte der Gewalt hinweg zu schummeln. In der Phase der Toleranz, in der wir uns gerade befinden („Liebe den Sünder, hasse die Sünde“) ohne Umschweife zum Feiern, dem Segnen von queeren Paarbeziehungen zu springen. Mit dieser Ambivalenz, diesem Unbehagen sah ich mich bei der „Entschuldigung“ des Täters konfrontiert, der die Regenbogenfahne in Hohenems gestohlen hatte. Die Fahne wurde mit einem „Entschuldigungsbrief“ versehen zurückgegeben, der Bürgermeister Dieter Egger meinte, es sei eine „Geste, die Respekt verdiene“. Doch was steht im beigelegten Brief, etwa dass „man auf eine aktionistische Politik nicht mit demselben primitiven Aktionismus antworten darf.“ Wir antifaschistisch Alphabetisierten kennen diesen Move, er sagt beide Seiten sind primitiv, das Hängen von Regenbogenfahnen ist genauso aktivistisch, wie das Runterreißen oder das Verbrennen, demokratische Inklusivität und die Kämpfe darum, sind genau gleich mit ihrem Gegenteil. „Good people on both sides“ würde Trump es nennen. Damit aber nicht genug. Die „Nopology“ führt weiter aus, dass das Herunterschneiden der Fahne nichts mit einer homophoben Grundhaltung zu tun habe. Jedoch wolle er eine Auseinandersetzung mit dem über „Jahrzehnte hinweg dauernden homosexuellen Missbrauch“ und die daraus resultierenden Traumata in der Kirche anregen.

Diese Form der Zuspitzung ist besonders perfide und dass diese sowohl vom Bürgermeister, als auch im ORF-Artikel unwidersprochen bleibt, klingt sehr nach *The Sound of Silence*. Die sexuelle Gewalt, die über Jahrhunderte von der katholischen Kirche begangen und gedeckt wurde, ist nicht speziell homo- oder heterosexuell. Bei der Ausübung von sexueller Gewalt geht es um Macht und die katholische Kirche hat über Jahrzehnte folgende Doppelmühle gespielt. Sie nutzte die Homophobie der Zeit, um junge Schwule vor einem Coming-out zu bewahren, sie als Seminaristen und Priester vor der gesellschaftlichen Ächtung zu bewahren. Ob dann der Pfad der Keuschheit eingenommen wurde oder nicht, war nicht mehr so wichtig. Wichtiger war *The Sound of Silence*, die Erpressbarkeit und in deren Windschatten ergab sich die Möglichkeit von Pädophilen Kinder und Jugendliche in Abhängigkeitsverhältnissen sexuell auszubeuten. Diese vermeintliche Verknüpfung

von Homosexualität und sexueller Gewalt gegen Kinder sitzt so tief, dass sie immer noch als Argument gegen Adoptionsrechte angeführt wird, oder Pädagogen (manchmal auch Pädagoginnen) Angst um ihren Job haben, wenn sie geoutet leben.

VI. SCHLUSS

Ich hatte ja den Brief zuerst falsch gelesen. Ich dachte, die römisch-katholische Kirche sollte, – bevor sie die Regenbogenfahne hisst – die Gewalt ansprechen, die sie im Bereich der Sexualität verbreitet hat und ihren Anteil an einer homo- und transfeindlichen Gesellschaft reflektieren. Sie sollten nicht, wie so oft in Österreich, die Stufe des Feierns erklimmen, bevor in der Phase der Akzeptanz wirkliche Entschuldigungen hörbar geworden sind. 

MARTY HUBER

ist Autor*in und LGBTQ-Aktivist*in sowie Mitbegründer*in von *Queer Base – Welcome and Support for LGBTQ Refugees*.



**TransMasc (Serie 1–8)
#8 (2018)**
Öl auf Leinwand
200 x 101 cm

Karl Marx unter'm Regenbogen

Der Beitrag von **HANS-PETER WEINGAND** rekapituliert den Umgang mit Homosexuellenrechten und fordert eine starke, solidarische Linke, die sich von den Lebens- und Arbeitsverhältnissen konkreter Menschen leiten lässt und nicht von Wortgeschwurbel ...

I. EINLEITUNG

Als „ersten Schwulen der Weltgeschichte“ hat die Forschung den deutschen Juristen Karl Heinrich Ulrichs bezeichnet. Denn dieser wurde sich nicht nur seines gleichgeschlechtlichen Begehrens bewusst, er begann bei Juristentagungen Anträge zu stellen und verbreitete ein Dutzend Broschüren für mann-männlich Liebende, für die er den Begriff „Urnin-ge“ erfand. Er kämpfte für Straffreiheit und prophezeite, dass solche Menschen auch vor dem Standesamt heiraten würden. Karl Marx hatte Friedrich Engels auf Ulrichs aufmerksam gemacht und dieser schrieb am 22. Juni 1869:

„Das ist ja ein ganz kurioser ‚Urnin-ge‘, den Du mir da geschickt hast. Das sind ja äußerst widernatürliche Enthüllungen. Die Päderasten fangen an sich zu zählen und finden, daß sie eine Macht im Staate bilden. Nur die Organisation fehlte, aber hiernach scheint sie bereits im geheimen zu bestehen. [...] ‚Guerre aux cons, paix aux trous-de-cul‘ (Krieg den Vöten, Friede den Arschlöchern) wird es jetzt heißen. Es ist nur ein Glück, daß wir persönlich zu alt sind, als daß wir noch beim Sieg dieser Partei fürchten müßten, den Siegern körperlich Tribut zahlen zu müssen. Aber die junge Generation!“ (MEW 32: 324 f.)

Die Reaktion von Engels ist wohl klassisch für einen Mann, der, wie fast alle Menschen, mit den vielfältigen Erfahrungen aufgewachsen ist, dass es Männer und Frauen gibt und dass es hier Sexualität gibt, die, selbst wenn sie nicht dem Begehren entsprechen würde, allein schon zur Fortpflanzung eine selbstverständliche Tatsache sei, ja Grundlage jedes (menschlichen) Seins. Auch wisse man, dass es Ausnahmen gebe, schon in der Antike schrieben Gelehrte über seltene Fälle von Menschen mit männlichen und weiblichen Geschlechtsmerkmalen. Auch Engels war die Existenz von „Pä-

derasten“ klar: bedenklich war für ihn nur, wenn diese sich organisieren und dazu die tief verankerte Angst, diese abartigen Männer würden ihr Begehren ausgerechnet auf die Männer in ihrer Umgebung lenken.

II. ROTE SOLIDARITÄT

Unter diesen Rahmenbedingungen war die Sozialdemokratie doch schon recht früh bereit, sich der Forderung nach Entkriminalisierung anzuschließen. In Deutschland gehörte SPD-Vorsitzender August Bebel 1897 zu den Erstunterzeichner*innen der Petition des *Wissenschaftlich-humanitären Komitees* rund um den Vorkämpfer Magnus Hirschfeld. Diese entspannte Sichtweise von Homosexualität ging Hand in Hand mit anderen linken Positionen rund um Sexualität: offene und altersadäquate Sexuaufklärung, Verbreitung von Wissen über Sexualität und vor allem über Verhütung, Abschaffung der Kriminalisierung der Abtreibung, sowie Betonung des Selbstbestimmungsrechtes der Frauen. Das war auch in Österreich so. Während der Ersten Republik wollte man ein gemeinsames deutsch-österreichisches Strafrecht schaffen und im März 1930 bedauerte die *Arbeiterzeitung*, dass es bei der gemeinsamen parlamentarischen Strafrechtskonferenz mit 23 zu 21 Stimmen den „Reaktionären“ gelungen war, die im deutschen Reichstag gestrichene Strafbarkeit der Homosexualität wiederherzustellen. Sprich: wegen Österreich waren hier die Mehrheitsverhältnisse in Richtung weiterer Bestrafung gekippt. Im Mai darauf gab es einen Aufruf von „Gelehrten, Künstlern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“, aus „Gründen der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit und der Vernunft“ sich hier der reichsdeutschen Auffassung anzuschließen. Dies wurde 1933 durch die Machtübernahme von Hitler und der NSDAP natürlich obsolet. Im

Gegenteil, die Nazis verschärften 1935 die Gesetze. Für ein paar tausend Männer brachte das NS-Regime neben Haftstrafen sogar den Aufenthalt in Konzentrationslagern. Der Großteil überlebte die Lagerhaft nicht bzw. kam die Befreiung durch alliierte Truppen zu spät.

Einen politisch ähnlichen Schwenk hatte es auch in Russland gegeben. Nach der Oktoberrevolution 1917 war Homosexualität oder Abtreibung in der Sowjetunion straffrei – aber bald wurden unter Stalin Homosexuelle wieder gejagt und in Lager gesteckt. Denn dies seien *bourgeoise* Abweichungen und echte Proletarier seien *natürlich* „normal“ und hetero. Im Westen waren es diverse kommunistische K-Gruppen, die sich dieser Auffassung anschlossen. Als eine heute bekannte *Profil*-Redakteurin in den 1980er-Jahren Vorsitzende des KSV in Graz war, wurde auch dort genau diese Position der Sowjetunion vertreten. Dagegen konnten die kommunistischen Parteien in den europäischen Ostblockstaaten ebenfalls an alte sexualreformerische Traditionen anschließen: in all diesen Ländern wurde die Bestrafung homosexueller Handlungen noch vor Österreich abgeschafft.

In der Sozialdemokratie begann man sich in den 1980er-Jahren mit den Anliegen der in Österreich noch recht neuen homosexuellen NGOs zu befassen. Es gab erste Solidaritätsaktionen, vor allem von den Jugendorganisationen, und der VSStÖ brachte deren Anliegen durch Anträge beim steirischen Landes- und dann beim Bundesparteitag in die Diskussion (und auch zur Beschlussfassung) durch die Partei.

Umgekehrt begannen sich auch, heute würde man sagen „queere“ Menschen, in der SPÖ zu vernetzen: nach Vorläufern im VSStÖ Wien beantragten Aktivist*innen (aus Wien und der Steiermark) im Dezember 1998 die Gründung der SoHo als Initiativgruppe durch den SPÖ-Bundesparteivorstand. Dem folgte 2000 die Umwandlung in eine eigenständige SPÖ-Organisation. Spätestens seit dieser Zeit gehört auch Bewusstseinsarbeit zum Thema sexuelle Orientierung und Identität zum Bildungskanon der Jugendorganisationen. Vor einem Outing muss heute wohl kein*e Aktivist*in mehr Angst haben. Und damit ist schon viel gewonnen.

III. BILDUNGSARBEIT ÜBERALL

Dass dies nicht selbstverständlich ist, sei an einem persönlichen Beispiel erklärt. Jahrzehntlang war es in Österreich so, dass ein SS-KZ-Wächter seine Tätigkeit in Mauthausen für die

Pension angerechnet bekam, denn das war Wehrdienst. Ein Häftling mit dem „rosa Winkel“, der wegen seiner Homosexualität im KZ war, jedoch nicht. Denn dieser war ja ein Krimineller. Jahrelang scheiterten alle Versuche, die Verfolgung wegen sexueller Orientierung explizit in das *Opferfürsorgegesetz* aufzunehmen. Und es scheiterte wegen der Ablehnung der Opferverbände und der verzahnten Sozialministeriumsbürokratie. Denn die politisch und „rassisch“ Verfolgten, oft genug von Wehrmachtssoldaten und SS-Angehörigen angefeindet, wollten ihre Reihen immer „rein“ halten – und da passten kriminelle Wärme nicht ins Bild.

2001 war es die ÖVP, welche eine Entscheidung wieder in die Länge zog, sodass es bald kaum noch lebende Betroffene geben könnte, die vielleicht noch Anspruch auf eine kleine Opferrente gehabt hätten. Ich selbst war nicht nur SoHo-Gründungsmitglied, sondern auch stellv. Landesvorsitzender der *Grazer Freiheitskämpfer* und es gelang mir, auch die steirische KP-Organisation der Widerstandskämpfer ins Boot zu holen: gemeinsam wurde in einer Petition u. a. „sexuelle Orientierung“ als Opferkategorie gefordert und dies von der SP-Abgeordneten Heidrun Silhavy und dem Grünen Werner Kogler in den Nationalrat eingebracht. Zum ersten Mal hatten dies Opferverbände gefordert und Silhavy hielt in der Folge mit einer parlamentarischen Anfrage an Sozialminister Haupt (FPÖ) das Thema sozusagen warm.

Der Bundesverband war empört. Zwar hatte ich z. B. ganze Generationen von jungen Sozialist*innen jedes Jahr zur Befreiungsfeier nach Mauthausen gebracht, doch vom Bundesverband wurde ich behandelt wie ein Krimineller: ohne je mit mir ein Wort zu reden, wurde ich mit blauem Brief als Mitglied der Opferkommission der Landesregierung enthoben und bald gab es eine Generalversammlung, von der ich nichts wusste, und ich war nicht einmal mehr Mitglied des Vorstandes. Ob mich diese Vorgangsweise verletzt hat? Sicher – wenn ich verloren hätte. Aber die Strategie ging auf: kurioserweise war es 2005 dann die ÖVP, die sich auf die Petition bezog und das Anliegen sogar als Initiativantrag in den Nationalrat brachte. Die SPÖ stimmte diesem zu. Seit 2005 ist Verfolgung wegen sexueller Orientierung im *Opferfürsorgegesetz* verankert.

IV. STRATEGISCHE DIFFERENZEN

Was unter Linken, die auf marxistischer Grundlage denken und argumentieren, vor allem in den letzten Jahren für beson-

ders intensive Diskussionen gesorgt hat, waren die Beiträge, welche die sogenannte *Queer Theory* zur politischen Arbeit für Gleichstellung geleistet hat. So steht doch genau der Zugang, wonach Kultur und geistige Konstrukte unsere Wirklichkeit schaffen, formen und auch einschränken, im Widerspruch zur Sicht, die der Marxismus über lange Zeit auf die Welt hatte: Nämlich jenem, wonach biologische Geschlechter real sind, was durch die sexuelle Reproduktion täglich bezeugt wird, und dass darüber hinaus auch die physikalische Welt unabhängig von unserer Sprache ihre eigenen Wege geht. Die strategischen Folgen dieses Konflikts sind für viele fatal. Denn, wenn sogar das biologische Geschlecht nur ein kulturelles Konstrukt ist, dann gilt das – so der Vorwurf – erst Recht für Phänomene wie geringe Frauenanteile bei Hochschullehrer*innen oder den *Gender-Pay-Gap*. Gerade die Vielfalt von Geschlechtern, abseits von Mann und Frau, stellt auch viele linke Forderungen vor eine theoretische Sackgasse. So ist es kein Zufall, dass es das *Queerreferat* der ÖH war, das zur Lösung solcher Fragen bereits gefordert hat, statistische Erhebungen mit den pauschalen Kategorien Mann/Frau einfach einzustellen. Ob diese Strategie der prekär beschäftigten Studienassistentin oder der schlecht verdienenden Mutter mit Teilzeitjob hilft, darf bezweifelt werden.

V. DIE RICHTIGE BUCHSTABENSUPPE

Die (linken) Bürger*innenrechtsbewegungen in den USA in den 1960er-Jahren kämpften gegen die Diskriminierung von *People of Color*, Homosexuellen, Frauen und setzten sich für jene ein, die nicht zur Gruppe der alle gesellschaftlichen Bereiche dominierenden weißen Hetero-Männer gehörten. Dabei waren große Teile der Bewegung zum Schluss gekommen, dass insbesondere bei *Black Power* der richtige Weg in der Politisierung einer schwarzen Identität läge. Auch andere marginalisierte Gruppen und Minderheiten wählten ähnliche Vorgehensweisen, um neue Rechte zu gewinnen. 1979 sprach man (in Anlehnung an die indigene Bevölkerung) z. B. von der „Queer Nation“. Um die Rechte und Freiheiten zu erlangen, die ihnen bislang verwehrt blieben, konzentrierten sich Bewegungen, die für die Freiheit von Frauen und Homosexuellen eintraten, deshalb auf ein spezifisches Alleinstellungsmerkmal von Frauen und Homosexuellen, auf ihre Identität.

Diese Politik war durchaus erfolgreich, doch der notwendige Kampf ist angesichts noch immer bestehender Diskriminierungen noch nicht zu Ende. Zwar wurden für die Lin-

ke diese Themenfelder interessant, doch wanderte der Fokus allmählich von der Klasse zur Identität. Dies ging Hand in Hand mit der Entwicklung von Ansätzen in den USA in den 1990er-Jahren. Teile der *Queer Theory* setzten darauf, Sexualität ihrer vermeintlichen Natürlichkeit zu berauben und sie als ganz und gar von Machtverhältnissen durchsetztes, kulturelles Produkt sichtbar zu machen. Der Begriff „queer“ setzte auf den US-Sprachgebrauch des „Abweichenden“, auf „lesbisch“ und „schwul“ als Identitätskategorien und in weiterer Folge auch auf das Durchbrechen der herkömmlichen Geschlechterkategorien von Mann und Frau. Die Ideale von Differenz und Vielfalt ersetzten – und genau hier nähern wir uns dem theoretischen Problem – die menschliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Solidarität. Und „queer“ als die Summe potenziell „abweichender“ Begehren und geschlechtlicher Identitäten, führt gezwungenermaßen zu sich stets erweiternden neuen LGBTQIAA+-Kollektiven, die, da nicht normiert, nie vollständig und deshalb auch nie „richtig“ sein können. Kein anderes Politikfeld hat derartige Buchstabensuppen hervorgebracht, bei der theoretische Texte an die Allergenkennzeichnungen in Speisekarten erinnern.


Durch die Betonung der individuellen Identität stellt sich aber gerade für die post-marxistische Linke ein ideologisches Problem: Der Kampf gegen Unterdrückung wird individualisiert und reproduziert dadurch genau die neoliberale Logik der Vereinzelung und Individualisierung, die wir eigentlich kollektiv überwinden wollen. Eine, die eigene homogene Ingroup übersteigende oder gar universelle Solidarität, erscheint in diesem neoliberalen Zugang zu queerer Politik sowohl strukturell als auch systematisch undenkbar.

VI. WAS TUN?

Ganz einfach. Sich mit den Problemen von Lesben und Schwulen, transidenten und intergeschlechtlichen Menschen (um Beispiele aus der ganzen Bandbreite zu nennen) ernsthaft auseinandersetzen und solidarisch gemeinsam mit ihnen für Rechte und gegen Diskriminierung kämpfen. Es wird manche überraschen, aber angesichts der höchst fragwürdigen inhaltlichen Herangehensweise neoliberaler Ansätze ist festzustellen: alle Errungenschaften in den letzten zwanzig Jahren wurden nicht WEGEN diesem individualisierenden Zugang, sondern GEGEN den Kult der Individualisierung erkämpft. Partner*innenschaftsgesetze und Ehe für alle? Von Vertreter*innen des neoliberalen Blicks auf Queerpolitik immer bekämpft und abgelehnt, denn man würde damit Ho-

mosexuelle in ein Hetero-Korsett zwängen. So haben in Österreich ja auch die Grünen im Nationalrat 2009 GEGEN das Partnerschaftsgesetz gestimmt. Dass die Sache vielmehr umgekehrt läuft, wurde nicht verstanden: die „Normalität“ solcher Rechtsinstitute mit ihren Feiern und Berichten änderten und ändern natürlich auch die Gesellschaft. Die Rechten haben das immer klar erkannt und deshalb einen Kampf bis aufs Blut dagegen geführt, dass die „Homoche“ „normal“ wird.

Antidiskriminierungsschutz am Arbeitsplatz? Von individualisierender Seite wurde und wird meist nur verächtlich bemerkt, dieser schränke die Freiheit und das Individuum ein. Unter grün-türkis wurde deshalb bisher nichts erreicht und das, was erreicht wurde, ist Gerichtsurteilen zu verdanken und nicht der Politik.

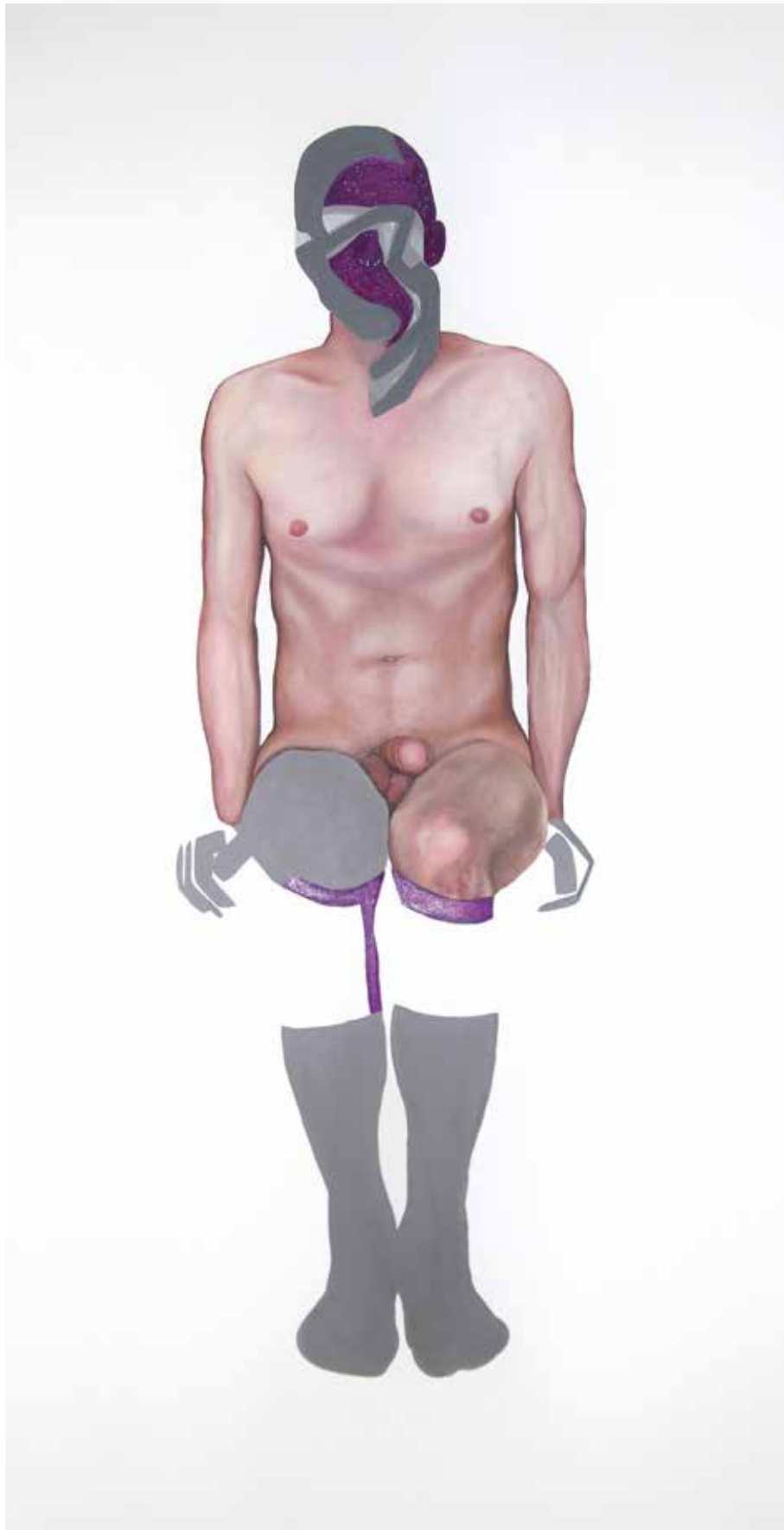
Am besten dient man queeren Themen, wenn man kompetent vermitteln kann, um was es geht: Solidarität! Man kann sich für alle betroffenen Menschen und Gruppen einsetzen, ohne den Rattenschwanz der Untergruppe der Untergruppe mitziehen zu müssen. Das versteht dann auch jede*r. Hier ist noch enorm viel zu tun. Und dazu bedarf es einer starken, solidarischen Linken, die sich von den Lebens- und Arbeitsverhältnissen konkreter Menschen leiten lässt. Weil das Sein das Bewusstsein bestimmt. 

HANS-PETER WEINGAND

ist Gründungsmitglied der *Rosalila PantherInnen* 1991 und der *SoHo* 1998; er ist Historiker und Kulturwissenschaftler.



TransMasc (Serie 1–8)
#9 (2020)
Öl auf Leinwand
200 x 101 cm



TransMasc (Serie 1–8)
#11 (2020)
Öl auf Leinwand
200 x 101 cm

Malerei, Installation, Performance und bewegtes Bild

OFFERUS ABLINGERS interdisziplinäres und prozessorientiertes Schaffen dreht sich um das Themenfeld Maskulinität, Subkultur und deren Streuwirkung auf den Mainstream. Mit Hilfe von Körpererweiterungen, Körperoptimierungen, Modifikationen, Cyborgs und Technologie werden in seinen Gemälden gesellschaftliche Kodierungen aufgebrochen, kritisch hinterfragt, neu interpretiert und Körpergrenzen neu ausgelotet. Der Künstler präsentiert mit dieser Ausgabe der ZUKUNFT sein bemerkenswertes Projekt *Trans/Masc* ...

I. EINLEITUNG

In meiner künstlerischen Analyse greife ich sozialpolitische Themen auf, die für mich relevant für ein Zusammenleben in unserer Gesellschaft sind und strukturelle Mechanismen aufzeigen. In dieser prozessorientierten Vorgehensweise kreiere ich neue Entwürfe, wie z. B. zum Thema Gender (Männlichkeit) und Klassendenken. Gleichzeitig versuche ich die Frage von queerer Identität zu untersuchen sowie Ausgrenzung durch Klassismus bewusst zu machen. Meine „Cyborgs“ sind Blaupausen einer Möglichkeit der ZUKUNFT und sollen Denkanstöße liefern. Wir brauchen neue Geschichten, wir brauchen die Kraft Neues zu imaginieren, wir brauchen die Fiktion und vor allem brauchen wir auch Themenfelder, auf denen Neues ausverhandelt, im respektvollen Umgang ausgelotet und diskutiert werden kann. Mein künstlerisches Schaffen umfasst die Medien *Malerei*, *Installation*, *bewegtes Bild* und *Performance*. Ich verfolge dabei immer das Ziel, formell Altes aufzubrechen und neu zusammenzustellen. So beeinflussen sich alle Medien, die ich bediene, gegenseitig und es kommt zu neuen und in die Breite angelegten Ausdrucksstärken.

II. ÜBER DIE AKTUELLE ARBEIT „TRANS/MASC“

Der Inhalt meiner aktuellen Arbeit *Trans/Masc* handelt von Männlichkeitsbildern der queeren Subkultur und deren


Streuwirkung auf den Mainstream. Meine langjährige, vertiefte Praxis in diesem weiten Themenfeld hat eine eigenständige Form gefunden, die in meinen installativen Projekten zum Ausdruck kommt. Die Beobachtung von Gegensätzen und auch Missständen bzw. die Kehrseite von schwul/queerer Subkultur, welche auch das Clubleben beinhaltet, war immer wieder das, worum sich meine Gedanken drehten, eine Faszination auf mich ausübte und Gegenstand meiner Untersuchung wurde.

Die Einzelschicksale in dieser Subkultur machen diesen Platz zu einem Schmelztiegel. Als junger schwuler Mann musst Du dich, vor allem im urbanen Umfeld, schon früh mit Exzessen, Drogen, Absturz, Suizid, körperlicher und psychischer Gewalt, Prostitution und Kriminalität auseinandersetzen. Es sind jene intersektionalen Menschen dieser Subkultur, die ausschlaggebend für meine Arbeit sind. Hier wird sich in Szene gesetzt, oft übertrieben geacted, inszeniert, performt, wie bei Drag und Camp.

Für meine künstlerische Analyse verwende ich eine Art transhumanistische Science-Fiction-Schablone. Das Medium „Malerei“ wurde von mir bewusst gewählt, da es in meiner Arbeit als eine Art Zeitkapsel fungieren soll. Männlichkeitsbilder wurden in der Vergangenheit immer schon über Gemälde bzw. Ölgemälde transportiert. Mir geht es nun da-

rum, das klassische Ölgemälde zu brechen und im Zuge dessen neue Kodierungen von Männlichkeit zu entwerfen. Ein Gemälde sollte auch ein Spielfeld von Interpretationen zulassen und somit auch eine Art Identifikation bzw. das Reflektieren des/der Betrachter*in beinhalten.

III. WIR SIND OFT ZU UNSERER EIGENEN SCIENCE-FICTION GEWORDEN

Ganz in diesem Sinne ist Transhumanismus ein äußerst aktuelles Thema und wir befinden uns mitten in einer diesbezüglichen Entwicklung. Wo fängt in Zeiten von Digitalisierung eine Körpererweiterung bzw. -optimierung an? Smartphone? Augen-ops? Brillen ... Wir brauchen neue Geschichten, stellte Donna Haraway in ihrem Essay *A Cyborg Manifesto* von 1985 fest. Die Männlichkeitsbilder in meinen Darstellungen sollen Zeichen im Wandel einer neuen Zeit sein. 



Offerus Ablinger
© Offerus Ablinger

Die nächste Ausstellung:

Open Studio / Creative Cluster

Castelligasse 9, 1050 Wien

24.06.2021-27.06.2021

<https://www.offerusablinger.com/>



Ausstellungsansicht
TRANSMASC, xHabit, Wien, 2020
Offerus Ablinger
© Offerus Ablinger



Auf dem Weg in die ZUKUNFT!

Die Online-Diskussionssendung für Politik, Gesellschaft und Kultur. Ein moderierter Diskussionstalk mit den Redakteur*innen, Autor*innen und Künstler*innen der ZUKUNFT ... Welche ZUKUNFTsthemen bewegen die Redaktion (der ZUKUNFT)? Welche ZUKUNFTsthemen haben Autor*innen (der ZUKUNFT)? Welche ZUKUNFTsthemen berühren Künstler*innen (der ZUKUNFT)?

Die Sendungen zu den monatlichen Schwerpunkten der ZUKUNFT finden am letzten Dienstag des Monats in Kooperation mit der Wiener Bildungsakademie statt und werden auf der Facebook-Seite, dem Youtube-Kanal und dem Twitch-Kanal der WBA übertragen.

25.05.2021: LGBTIQ – VIELFALT ALS SOZIALE FRAGE



Die Frage nach sexueller und geschlechtlicher Vielfalt steht seit jeher auf der Agenda linker und progressiver Debatten – in den letzten Jahren hat diese Frage aber an besonderer Bedeutung gewonnen. Während neoliberale Logiken versuchen, durch Pinkwashing den Kampf für ein freies, selbstbestimmtes Leben zu vereinnahmen, müssen wir umso mehr darüber diskutieren, wie Vielfalt und soziale Fragen hinter gemeinsamen politischen Projekten verbunden werden können. Mit dieser Diskussion möchten wir gemeinsam mit der *SoHo* Wien, parallel zur diesbezüglichen Ausgabe der ZUKUNFT, einen Fokus auf die aktuelle Situation der LGBTIQ-Community und queer-feministischer Kämpfe legen. Die Anfänge der modernen LGBTIQ-Bewegung liegen nicht umsonst in vielfältigen sozialen Auseinandersetzungen seit den Stonewall-Protesten 1969 – wir stellen daher zur Debatte, wie PRIDE und Regenbogenfahne auch heute als wichtiger Bestandteil der sozialen Frage begriffen werden können!

22.06.2021: ERZÄHLUNGEN DES POLITISCHEN



In den letzten Jahrzehnten war oft vom Zusammenbruch der großen Erzählungen die Rede. Dabei war etwa an die Großerzählung des (Austro-)Marxismus gedacht, der indes gerade angesichts der Corona-Krise wieder an Aktualität gewinnen könnte. Wie sehen im Bereich politischer Ideologien also die großen Erzählungen des (Demokratischen) Sozialismus, des Liberalismus, des Konservatismus oder des Neofaschismus aus? Die thematische Ausgabe der ZUKUNFT eröffnet dabei eine breite Palette von Bezügen, die sich damit beschäftigen, welche (Meta-)Erzählungen hinsichtlich der Politik existieren und welche heute noch relevant sind. 🍷

Nähere Informationen und die Links zur jeweiligen Veranstaltung unter: <https://diezukunft.at/veranstaltungen/>

AUCH IM VA VERLAG ERSCHIENEN



Eine philatelistische Zeitreise zu 75 Jahren WGB

DER WELTGEWERKSCHAFTSBUND (WGB) FEIERT HEUER SEINEN 75. GEBURTSTAG. MANCHE FORDERUNGEN DER ERSTEN JAHRE NACH SEINER GRÜNDUNG SIND NACH WIE VOR AKTUELL. DIESEM JUBILÄUM LIEGT DIE IDEE DER VORLIEGENDEN BROSCHÜRE ZU GRUNDE.

DIE KURZE ABHANDLUNG DER SEHR UMFANGREICHEN GESCHICHTE DES WGB BASIERT VOR ALLEM AUF DER ERZÄHLUNG DER 17 WELTKONGRESSE DES WGB, SIE STELLEN HIER DIE MEILENSTEINE DER ENTWICKLUNG UND DER GEZEIGTEN BRIEFMARKEN DAR.

DIE WIENER STRASSENBAHNER GALTEN IN DER ZWISCHENKRIEGS-ZEIT ALS EINE DER SPEERSPITZEN DER SOZIALDEMOKRATIE. ES VERWUNDERT DAHER NICHT, DASS SICH AUF PRAKTISCH ALLEN BAHNHÖFEN SCHUTZBUNDGRUPPEN, SOGENANNT STRASSENBAHNER, BEFANDEN. INSBESONDERE IN FLORIDSDORF WAREN DIE STRASSENBAHNER DIREKT IN KAMPFHANDLUNGEN DES FEBRUAR 1934 VERSTRICKT. HIER WURDEN AUCH ZWEI STRASSENBAHNER VON EINEM EILIG EINBERUFENEN STANDGERICHT ZUM TODE VERURTEILT, IN LETZTER MINUTE ABER BEGNADIGT. IN DIESER BROSCHÜRE WERDEN AUS DEM BLICKWINKEL DIESER BERUFSGRUPPE DIE HEFTIGEN AUSEINANDERSETZUNGEN UM DIE WIEDERHERSTELLUNG DER VON DER REGIERUNG DOLLFUSS DEMONTIERTEN DEMOKRATIE BESCHRIEBEN.

HEFTBESTELLUNG

SOLANGE DER VORRAT REICHT

**Kupon ausschneiden
& einsenden an:**

**VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstrasse 305/3
1110 Wien**

ICH BESTELLE "ROTE PHILATELIE"
7,90 € INKL. MWST ZZGL. VERPACKUNG UND VERSAND 2,00 €

ICH BESTELLE "WIENER STRASSENBAHNER IM FEBRUAR 1934"
PREIS 5,- INKL MWST ZZGL. VERPACKUNG UND VERSAND 2,00 €

NAME: _____

STRASSE: _____

ORT/PLZ: _____

TEL.: _____

E-MAIL: _____ UNTERSCHRIFT: _____

ODER BESTELLUNG PER E-MAIL AN DEN VERLAG: OFFICE@VAVERLAG.AT

Wolfgang Maderthaner, Michaela Maier (Hg.)



Acht Stunden aber wollen wir Mensch sein

Der 1. Mai. Geschichte und Geschichten.

 edition rot

BUCHBESTELLUNG

SOLANGE DER VORRAT REICHT

**Kupon ausschneiden
& einsenden an:**

VA VERLAG GMBH
KAISER-EBERSDORFERSTRASSE
305/3
1110 WIEN

ICH BESTELLE "ACHT STUNDEN ABER WOLLEN WIR MENSCH SEIN"
PREIS 19,90 € ZZGL. 9 € PORTO

NAME: _____

STRASSE: _____

ORT/PLZ: _____

TEL.: _____

E-MAIL: _____ UNTERSCHRIFT: _____

ODER BESTELLUNG PER E-MAIL AN DEN VERLAG: OFFICE@VAERLAG.AT